

# Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 17. Oktober 1929  
10. Jahrgang Nummer 243

Verlag: Leipzig, mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage. Bezugspreis: wöchentlich 0,80 Mk., monatlich 2,80 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,00 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Einzelnummer 15 Pf. Die dreispaltige Willkommenszelle oben deren Raum 12 Pf., Vereins- und Veranlassungsanzeigen 6 Pf. Willkommenszelle: Die dreispaltige Willkommenszelle oben deren Raum im Text 10 Pf. — Schluss der Inseratenannahme u. des Hauptabschlusses 5 Uhr; in den Spezial-Expositionen am Tage vorher bis spätestens 10 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Haupt-Exposition:** Breslau 10, Kreuziger Straße 10, Telefon 500 39. **Wohlfühl-Exposition:** Breslau 544, Kerschbühl, Breslau, Kreuziger Straße 50, Telefon 239 02. **Exposition der Redaktion:** von 12-18, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. **Expositionen:** Gietzow, Willkommenszelle, Telefon 4085. **Exposition:** Gietzow, Telefon 2304. **Exposition:** von 12-18 Uhr, Gietzow, am Hauptbahnhof Breslau. — Verlag: Gietzow, Deutscher Markt 10, Gietzow. — Druck: „Vorbild“ Gietzow, Gietzow, Deutscher Markt 10, Gietzow.

## Sungerchiedspruch in Waldenburg

### Sozialdemokrat Reichsminister Wiffell bietet den Kumpels statt der geforderten 15 Prozent 4,5 Prozent „Lohnerhöhung“ Grzesinski schickt Polizei ins Streitgebiet

Breslau, den 16. Oktober 1929.

Nachdem die Waldenburger Bergarbeiter den Schlichterspruch des sozialdemokratischen Schlichters Philipp, der ihnen 8 Prozent Lohnerhöhung und Straffschichten bringen sollte, einstimmig abgelehnt hatten, trat am Sonnabend das Reichsarbeitsministerium, das bekanntlich dem sozialdemokratischen Reichsminister Wiffell untersteht, zusammen. Es fällt einen Schlichterspruch, der den Waldenburger Bergarbeitern statt der geforderten 15 Prozentigen Lohnerhöhung eine solche von 4,5 Prozent zumutet. Ueber diese schamlose Provokation herrscht unter den Waldenburger Kumpels ungeheure Erregung. Sie haben gestern, Montag, diesen Schlichterspruch des Sozialdemokraten Wiffell abgelehnt. Ist es Aufgabe der Sozialdemokraten in der Reichsregierung, gemäß den Wünschen der Unternehmer die Streikbewegungen durch Schlichtersprüche und Verbindlichkeitsverpflichtungen abzuwickeln, so fühlt sich der sozialdemokratische preussische Polizeiminister bemüht, die Arbeit seines „Kollegen“ Wiffell dadurch zu ergänzen, daß er, den Befehlen der Unternehmer folgend,

**Polizei-Verstärkungen nach Waldenburg schickt. — Statt Brot, blaue Bohnen.**

Wie uns kurz vor Schluss der Redaktion telegraphisch mitgeteilt wird, sind heute, aus der Provinz, Verstärkungen von „verlässliche“ Polizeitruppen aus Bries in Waldenburg eingetroffen. Begründet wird diese Maßnahme von den Unternehmern und den Behörden mit der Erregung der Bergarbeiterchaft und der erwarteten Verbindlichkeitsverpflichtung, von der man erwartet, daß sie einen Sturm der Empörung auslösen wird.

dem neuen Schlichterspruch von 21 Jahren an in den Genuss des Vorkaufes. Der Lohn der Kokerarbeiter wird um 2,8 Prozent erhöht. Für die Dauer im Waldenburger Revier erhöhen sich die Löhne vom Tage der Arbeitsaufnahme an von 6,80 auf 6,90 Mark, vom 1. April 1929 auf 7 Mark und vom 1. September 1929 auf 7,10 Mark. Für die Zimmerbauer tritt folgende Steigerung ein: Vom Tage der Arbeitsaufnahme an von 5,60 Mark auf 5,85 Mark, vom 1. April 1929 an auf 5,94 Mark und vom 1. September 1929 an auf 6,03 Mark. Für die Handwerker ist der Lohn vom Tage der Arbeitsaufnahme an von 5,50 Mark auf 5,79 Mark, vom 1. April 1929 auf 5,84 Mark und vom 1. September 1929 auf 5,93 Mark zu erhöhen. Entsprechend dieser Staffelung sind auch die Löhne im Neuröder Revier zu steigern. Leistungszulagen dürfen nicht gekürzt werden. Der Stützlohn ist im selben Ausmaß zu erhöhen und zu staffeln.

Der Genosse Wiffell wagt es, dem in bitterster Not lebenden Bergarbeiter eine Lohnerhöhung von 2,8 Prozent zu bieten. Bei den Zimmerbauern soll eine Erhöhung von nur 2,8 Prozent eintreten. Bei den Kokerarbeitern, deren Arbeit nicht nur schwer, sondern auch äußerst gesundheitsgefährlich ist, soll die Erhöhung 2,8 Prozent, das sind nicht ganz 14,5 Pfg., pro Schicht betragen. (Die von der Revierkonferenz aufgestellten Forderungen verlangten für die Kokerarbeiter einen „besonderen Ausgleich“). Wie dieser Ausgleich von Wiffell gemeint ist, hat er im Schlichterspruch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.) Lediglich die jugendlichen Arbeiter schneiden scheinbar etwas besser ab, aber auch das nur, wenn man sich von dem Klang der Prozentzahlen berauschen läßt. In Wirklichkeit sind die Löhne der jugendlichen Arbeiter auf den Waldenburger Gruben so minimal, daß ihre Aufbesserung um 10 und 12 Prozent (Fortsetzung siehe zweite Seite)

Ueber die Streillage wird uns aus Waldenburg geschrieben:

Gestern, nach vierzehn Tagen Streik, ist im Waldenburger Bergbau eine außerordentliche Verschärfung der Situation eingetreten.

Bekanntlich hatten die Funktionäre der Waldenburger Bergarbeiter auf einer Revierkonferenz Ende August unter dem Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsangehörigen den Vorschlag der Opposition, 30 Prozent der Ruhrlohne zu fordern, abgelehnt und die unzureichende Forderung von 15 Prozent aufgestellt. Diese Forderung wurde als das Mindeste dessen betrachtet, was der Kampf bringen mußte. Es gab und gibt in Waldenburg keinen einzigen Bergmann, der dieses Ziel preisgegeben hätte — trotz vierzehn Tagen Streik, trotz der größten Not.

Bekannt ist auch, daß der unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Philipp gefällte Schlichterspruch den Bergarbeitern eine Lohnerhöhung von nur acht Prozent anbot. Zugleich enthielt dieser Schlichterspruch keine Bestimmung, wonach das Arbeitsverhältnis durch den Streik als nicht unterbrochen gilt. Er öffnete also den Unternehmern die willkommenen Möglichkeiten, nicht nur von der Gesamtbefehlshaber drei Gratisschichten zu fordern, sondern auch die mißliebigen Funktionäre des Bergarbeiterverbandes zu maßregeln. Die Lohnregelung sollte bis 30. September 1929 Geltung haben. Es war nur zu verständlich, daß dieser Schlichterspruch von den Bergarbeitern einstimmig abgelehnt wurde. Auf der Revierkonferenz, auf der die Ablehnung beschlossen wurde, zeigte sich bereits, daß die Gewerkschaftsangehörigen der reformistischen und christlichen Konfession Anlauf machten, den Streik mit einem faulen Kompromiß abzuwürgen. Dies wurde illustriert durch die Kommentare der sozialdemokratischen Presse und den Wortlaut der reformistischen Entscheidung, die den Schlichterspruch nur deshalb ablehnte, weil er die sogenannte Friedensklausel nicht enthielt. Die achtprozentige Lohnerhöhung waren die Führer bereit, zu schließen, denn nicht sie, sondern die Bergarbeiter waren es, die durch die unzulängliche Lohnerhöhung zum Weiterhinhalten verurteilt waren.

Nachdem auch die Grubenbesitzer den Schlichterspruch als „untragbar“ abgelehnt hatten, griff der Reichsarbeitsminister ein. „Der Reichsarbeitsminister ist Sozialdemokrat. So mancher sozialdemokratisch organisierte oder auch sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter hatte nun gehofft, daß der „Genosse“ im Reichsarbeitsministerium sich entschieden für die Interessen der Arbeiter einsetzen würde. Die Kommunisten sagten schon im voraus, daß man auf den „Genossen“ Wiffell keinerlei Hoffnungen setzen darf. Die Kommunisten behielten auch diesmal recht. Wiffell erwies sich auch diesmal als treuer Knecht der Bourgeoisie.

Nachdem die Verhandlungen am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium gescheitert waren, wurden sie am Sonnabend fortgesetzt. In später Abendstunde wurde nun ein Schlichterspruch gefällig, der alle arbeiterfeindlichen Launen selbst des Zentrumsarbeitsministers Kraus um ein weites übertrifft. Die wichtigste Bestimmung des gefällten Schlichterspruches ist, daß

Die sozialdemokratische „Volkswacht“ macht über den Inhalt des Schlichterspruches folgende Angaben:

Die Löhne der Jugendlichen von 14 bis 15 Jahren (erste Gruppe) und von 16 bis 18 Jahren (zweite Gruppe) erhöhen sich um 10 bis 12 Prozent; das Alter der volljährigen Arbeiter wird von 24 auf 21 Jahre herabgesetzt. Die Arbeiter kommen also nach

## Die Einzeichnungsziffern steigen Ruht die letzten Stunden!

Berlin, 16. Oktober. Am Sonnabend trugen sich in Groß-Berlin 25 397 Wähler und Wählerinnen in die Listen zum Volksbegehren ein. Am Sonntag betrug die Zahl 67 556. Das bisherige Gesamtergebnis für Groß-Berlin beträgt somit bis einschließliche Sonntag 269 500.

Auch an zahlreichen anderen Orten stiegen am Sonntag die Einzeichnungsziffern.

Wenn diese Zeitung in die Hände unserer Leser kommt, ist in einem Teil unseres Verbreitungsgebietes die Einzeichnungsfreist abgelaufen. An anderen Orten, besonders in Breslau und Mittelschlesien, sind nur noch wenige Stunden Zeit. Wer sich noch nicht eingetragen hat, muß es sofort tun und Bekannte, Nachbarn, Kollegen zum Einzeichnungslafel heranziehen. Der Einwand, es hat doch keinen Zweck, ist eine Lebensart, hinter der sich nur Passivität verbirgt, und die keinerlei politische Begründung hat. Der letzte Tag kann entscheidend für das Volksbegehren sein!

An einem Tage — am 20. Mai dieses Jahres — haben in Breslau 20 000 Wähler, im Reich 3 1/4 Millionen für die KPD gestimmt. Also ist es auch möglich noch

am letzten Tage Zehntausende für das Volksbegehren zu gewinnen! Schleppen und Einzeichnen, ehe die Frist verstreicht, ist darum die Lösung!

### Bisherige Eintragungsergebnisse in Breslau

Am Sonntag haben sich in Breslau 1195

Männer und Frauen eingetragen. Das Gesamtergebnis beträgt einschließliche Sonntag 5 112.

Noch Tausende müssen sich am letzten Tage einzeichnen. Genossen, agitiert, schleppt, ehe die Frist verstreicht!

### Zeppelin endlich in Lakehurst gelandet

Nachdem Zeppelin, wie nunmehr feststeht, mehrere Stunden hindurch mit abgedrosselten Motoren über dem Ozean fuhr, eine Katastrophe, die von den bürgerlichen Telegraphen-Büros verschwiegen wurde, ist er gestern um 5,30 Uhr amerikanischer Zeit (12 Uhr) in Lakehurst glatt gelandet, nachdem er Washington und New York unter großem Jubel der Bevölkerung überflogen hatte. Am Hallenfang waren die Behördenvertreter, darunter der Chef des Marinekabes, der Unterstaatssekretär des Marineamtes vertreten. Die zusammengedrängte Menschenmenge anläßlich der Ankunft ist ungeheuer. Die Zahl der Automobile wird auf 15 000 bis 20 000 geschätzt.

Ferner wird noch gemeldet: Das Luftschiff, das bereits bis zur Hälfte in die Halle gebracht war, wurde wieder ins Freie gebracht und verankert, da es infolge der Dunkelheit nicht möglich war, das Luftschiff vollkommen in der Halle unterzubringen. Das Luftschiff wird am Dienstag in die Halle gebracht werden.

Um die Begeisterung für den Zeppelinrummel nicht zu mindern, hat die gesamte bürgerliche Presse wie auf Signal verschwiegen, in welcher Gefahr sich der steuerlos über dem Ozean treibende Zeppelin befunden hat. Trotz aller Schwierigkeiten hat „Zeppelin“ schließlich das Ziel doch erreicht. Und wir sind die letzten, welche die imponierende Leistung des Kapitäns Dr. Goerner, der nun gemeldet wird, über 30 Stunden hintereinander selbst auf der Wache gestanden hat, nicht anerkennen. Doch es gilt nicht nur, die wenigen Tagen bereits beiont haben, nur den Triumph des menschlichen Geistes über die Naturgewalten zu sehen, es gilt zu erkennen, daß auch diese gewaltigen technischen Leistungen nicht in den Dienst des Fortschritts der Menschheit, sondern zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges dienen und bestimmt sind, die Vernichtung menschlichen Lebens zu dienen.

Seine Hilfe für diese Arbeiter ist. Ein Beispiel: Ein vierzehnjähriger Arbeiter hat einen Schichtlohn von 1,65 Mark. Bei einer zehnprozentigen Zulage wird er einen solchen von 1,81 Mark haben.

Eine der wichtigsten von der Konferenz aufgestellten Forderungen war das Verlangen, den Gehaltsminderungslohn für jeden einzelnen Dauer auf 10 Prozent über dem Zimmermannslohn zu bemessen. Diese wichtige Forderung ist in dem Schlichtenspruch überhaupt nicht berücksichtigt worden. Auch hier haben die Unternehmer die Möglichkeit, die Militärposten in der Lohnfrage fortzuführen. Sind die Lohnerhöhungen für das Waldenburger Revierregiment vollkommen unzureichend, so kann für das neuere Revier von einer Lohnerhöhung überhaupt nicht die Rede sein. Dieser Schlichtenspruch soll nun nach Ansicht des Genossen Wolff bis zum 31. Dezember 1920 in Geltung bleiben.

Es war nicht anders möglich, als daß die am gestrigen Tage in Waldenburg stattgefundenen Konferenzen diesen Schlichtenspruch einmütig abgelehnt hat.

### Was wird nun werden?

Die gestrige Konferenz hat einmütig beschlossen, den Streik fortzusetzen. Die Stimmung der Delegierten war außerordentlich bitter. Die Stimmung der Bergarbeiter selbst ist es nicht minder. Sie sind bereit, trotz aller Schwierigkeiten und Opfer den Kampf bis zum vollen Siege fortzusetzen.

Nach Meldungen der sozialdemokratischen Presse, die das Einnehmen der sogenannten Friedenslaufes in den Schlichtenspruch als „Fortschritt“ bezeichnet und Wien macht, als sei der Spruch gar nicht so schlecht, ist mit der Verbindlichkeitsklärung dieses Schlichtenspruches zu rechnen.

### Und dann?

Soffmann und die anderen Gewerkschaftsangehörigen werden selbstverständlich kapitulieren. Wie in den früheren Lohnbewegungen werden sie erklären, daß durch die Verbindlichkeitsklärung des Schlichtenspruches Tarifrecht und damit auch Tarifpflicht geworden sei.

Und die Arbeiter? Werden sie der Streikbruchparole der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer Folge leisten? Wenn sie das tun, so ist der Streik mit einem Klasto für die Arbeiterschaft beendet.

Erforderlich ist, daß über die weiteren Maßnahmen, die infolge der zu erwartenden Verbindlichkeitsklärung notwendig sein werden, nicht die Gewerkschaftsangehörigen und nicht die aus Gewerkschaftsangehörigen zusammengesetzte Zentralkomitee, sondern eine selbständige Konferenz und die Arbeiter selbst.

Sofort müssen Delegiertenversammlungen der Streikenden zur Lageklärung nehmen, beschließen, den

Streik auch im Falle einer Verbindlichkeitsklärung fortzusetzen, und die Delegierten zur Konferenz verpflichten, nur in diesem Sinne ihre Entschädigung zu fällen. Gleichzeitig müssen die Bergarbeiter klar sehen, daß die Verbandsangehörigen den Streik im Falle der Verbindlichkeitsklärung nicht führen werden. Deshalb müssen Betriebskreisleitungen gewählt werden, die aus ihrer Mitte eine

### neue Zentralkomitee aus Betriebsarbeitern wählen.

Nur so kann die zu erwartende Sabotage der reformistischen und christlichen Führer im Keime erstickt und der Kampf siegreich beendet werden.

Der Kampf gegen die Unternehmer muß verschärft werden. Soziale Einseitigkeit, die in der Forderung der Eisenbahner, keine

Waldenburger Bergarbeiter die Möglichkeit zu geben, die Streikausführer zu wählen.

Bergarbeiter, Schulter an Schulter trotz drohender Verbindlichkeitsklärung vorwärts!

Über 42 Todesopfer des Prager Bauunglücks. — III. Prag, 14. Oktober. Die Zahl der geborgenen Toten bei dem Bauunglück am Borusch in Prag hat sich um drei erhöht, so daß sie insgesamt jetzt 42 beträgt.

# Für den internationalen einheitlichen Kampf aller Bergarbeiter

## Internationale Bergarbeiterberatung im Osten

Am Sonntag, dem 14. Oktober, kamen Vertreter der Bergarbeiter aus den verschiedenen Revieren der Tschechoslowakei, Deutschlands und Polens zusammen, um zu der Frage der gegenwärtigen Bergarbeiterkämpfe in diesen Ländern und ihrer gegenseitigen Verbindung und Unterstützung Stellung zu nehmen. Die Bergarbeiter berichteten über die Kampfsituation in ihren Ländern, insbesondere über den Streik in Kladno und Nerebischlitz. Ueber die Bewegung in Mährisch-Odrau, Dombrowa, Polnisch-Oberschlesien, dem Krakauer und anderen Revieren, über die Bemühungen der roten Gewerkschaften und revolutionären Minderheiten, die Kämpfe zu erweitern, zu verschärfen und auch mit den Kämpfen des übrigen Proletariats zu verbinden. Eingehend besprochen wurden auch die Methoden und das Verhalten der Reformisten, die überall die Kämpfe zu isolieren und zu sabotieren versuchen, um sie im Keime zu erstickern.

Auf Grund dieser Berichte wurde eine Reihe praktischer Maßnahmen beschlossen, die dazu dienen sollen, eine Unterbrechung der gegenwärtigen Kampfereignisse der Bergarbeiter herbeizuführen. In allen drei Ländern erfordert die Situation die Ausnahme des Kampfes aller Bergarbeiter auf der ganzen Linie, um die Offensiven der Grubenherren zurückzuweisen und die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter: Erhöhung der Löhne, Beseitigung der Folgen der kapitalistischen Rationalisierung und Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen.

Um die günstige Situation im Bergbau im Interesse der Bergarbeiter voll und ganz auszunutzen, ist eine internationale Koordination der Kämpfe untereinander notwendig. Auch ist eine enge Verbindung der Bergarbeiterkämpfe mit den all-

gemeinen Kämpfen der Arbeiterschaft gegen die Unternehmerrückfälle und Kriegsgefahr, gegen die starrköpfige und die kapitalistischen Reaktionen notwendig. Vor allem muß mit allen zweckmäßigen Mitteln jeder Transport von Streikbrecherlohn innerhalb der einzelnen Länder sowie jenseits ihnen verhindert werden. Darüber hinaus ist in den Revieren, die noch nicht im Kampfe stehen, ebenfalls der Kampf zu organisieren um die Durchsetzung der Forderungen, die in diesen Revieren von den Bergarbeitern gestellt sind. In Anbetracht dieser Tatsache, daß in allen Industrien große Lohnkämpfe geführt werden, müssen auch die Bergarbeiterkämpfe ausgenutzt werden zur Unterstützung der Lohnbewegungen und der Kämpfe der übrigen Arbeiterschaft.

## Der Generalkrieg in Lodz

Die Lage in Lodz ist mit dem Beginn des allgemeinen Streiks am Montag sehr ernst. Der sozialistische Lodzer Stadtpräsident, Niemcewicz, versuchte einzugreifen und wandte sich deshalb mit einer Reihe von Kompromißvorschlägen an den Arbeitgeberverband. Die Industriellen verwarfen jedoch weiter auf ihrem bisherigen ablehnenden Standpunkt und erklärten, eine größere Lohnerhöhung als fünf Prozent könne unter keinen Umständen zugesagt werden. Unerwarteterweise hat auch der Drukerverband einen einseitigen Sympathiestreik für Montag beschlossen, so daß im Laufe des Tages keine Zeitungen erschienen. Mit Ausnahme des Stadtpräsidenten und des Leiters des Büros für öffentliche Fürsorge streikten die ganze Lodzer Magistrate mit seinen beiden Vizepräsidenten, die der polnischen sozialistischen Partei angehören. Die Fürsorgebehörde des Magistrats hat im Laufe des Montags bereits 20.000 Mittagessen und 5000 Brote an die streikenden Arbeiter verabfolgt. Auch der Magistrat in Petrikau, der gleichfalls aus Sozialisten zusammengesetzt ist, hat sich dem Streik angeschlossen. Die Regierung hat bis zur Stunde noch keinerlei Schritte unternommen.

## Verhärtung des Bergarbeiterstreiks in Odrau

Die Streiklage im Kladnoer Steinkohlenrevier hat sich heute verschlechtert, da die Bergarbeiter beschlossen hat, die Arbeiter für den Sicherheitsdienst in den Schächten bis auf eine ganz geringe Anzahl zurückzuziehen. Am Sonntag fanden in Kladno etwa 35 Versammlungen der äußerst erregten Bergarbeiter statt. Als die Demonstranten nach den Versammlungen einen Umzug veranstalten wollten, griff ein großes Aufgebot von Gendarmerie ein und trieb die Massen auseinander. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet, und gegen den Vorsitzenden des Streikausschusses wurde ein Verfahren eingeleitet. Auch die Verhandlungen über die Lohnforderungen der Bergarbeiter des Mährisch-Odrauer Reviers haben bisher zu keinem Ergebnis geführt, so daß die Bergarbeiterorganisationen den Beschluß gefaßt haben, wenn bis Donnerstag, 18. Oktober, die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt haben, ihre Delegierten aus Prag abzuberufen und für den 21. Oktober den Streik im Odrau-Karwiner Revier zu proklamieren.

Ein Weichenwärter ermordet. — II. Stuttgart, 16. Oktober. Auf dem Eisenbahnhaltepunkt Stetten im Remstal wurde in der Nacht zum Montag der 54 Jahre alte Weichenwärter-Aushelfer P. von einem Unbekannten, der zuvor in vorübergehender Abwesenheit des P. die Stationskasse erbrochen und beraubt hatte, nach kurzem Handgemenge übermächtig. Hierauf steckte der Täter dem P. seinen seitlichen Kragenschoner als Knebel in den Mund, wodurch der Erstickungstod eintrat. Nach vorhandenen Spuren hat sich der Beamte fest zur Wehr gesetzt und hierbei dem Täter eine schwarze Stoffmaske, die dieser trug, vom Gesicht gerissen. Vom Täter hat man bis jetzt keine Spur.

## 50 Jahre seit Erlaß des Sozialistengesetzes

sind am 21. Oktober d. J. verstrichen

Das Heldenzeitalter der Arbeiterbewegung, Bismarcks Säbelherrschaft und Spitzelwissenschaft, die illegale Arbeiterpresse usw. werden

## in Wort und Bild

in unserer nächsten

## Wochenausgabe

behandelt werden. Zugleich wird die Verleumdung der Sozialdemokratie, die sich mit dreister Stirn als die Feindin der revolutionären Sozialdemokratie bezeichnet, gekennzeichnet werden. Jeder Genosse, jede Genossin muß diese Nummer

zur Werbung für Partei und Presse benutzen!

Darum bestellt noch heute die

## Wochenausgabe

## Erotik und Spionage

in der Etappe Gent von Heinrich Wandt

Copyright by Agis-Verlag / Wien-Berlin

Da erschien mit Recht sehr vielen Leuten die Flucht nach den Niederlanden als die einzige Möglichkeit, ihr Leben zu retten.

Von Beginn der Besetzung an wurden seitens der Okkupationsbehörden alle vierzehn Tage Kontrollversammlungen für die belgischen Wehrpflichtigen abgehalten, und für jeden in den Listen geführten Mann, der dabei nicht erschien, wurden seine Familie und die Gemeinde mit den üblichen knurrenden Mitteln bestraft gemacht.

Jeder, der versuchte, der Grenze nahezu kommen, riskierte sein Leben, denn die deutschen Posten waren angewiesen, sofort zu schießen. Und wenn ihm der Tod nicht durch einen Feldgraben „Anarre“ oder die elektrische Strömung mittels des Grenzpostens blühte, so wurde er festgenommen und hatte ein gleichfalls nicht beneidenswertes Los auf sich zu nehmen.

Anfangs wurde der Versuch der verbotenen Grenzüberbrechung noch mit Geld- und kleinen Haftstrafen geahndet. Dann trat die Einführung in deutsche Kriegsgefangenschaft an deren Stelle, und vom 8. August 1915 ab bedrohte ein Erlaß des Herzogs Albrecht von Württemberg, des Oberbefehlshabers der vierten Armee, jeden Versuch zu diesem „Verbrechen“ mit lebenslänglichem Zuchthaus.

Aber alle Schreckensurteile der deutschen Militärgerichte vermochten nicht dem Bestreben Einhalt zu tun, belgischen Wehrpflichtigen den Weg nach Holland zu erleichtern, und manche dieser Leute, die sich mit dieser äußerst gefährlichen Tätigkeit befaßten, verfügten trotz aller Verbotswörter der Besatzungsbehörden noch über so viele Mittel und Schläge, daß sie solche Erfolge erringen konnten, wie die nachher öffentliche Bekanntmachung darunt, die der Zentralgouverneur Freiherr von Bissing, von den flüchtigen Belgiern „Morix I.“ genannt, am 11. September 1916 anhängen ließ.

Ein belgischer Soldat, der sich bis jetzt in Babil angemeldet im Lande aufhält und sich gegen Bezahlung im Auftrage eines englischen Kommandanten damit befaßt, wehrfähige Belgier über die Grenze nach Holland zu bringen, um sie dem feindlichen Heere und der kriegswirtschaftlichen Industrie zuzuführen, wurde durch Urteil des belgischen Gouvernements Brüssel wegen Kriegsverrat, be-

gangen durch Zuführung von Mannschaften an den Feind, zum Tode verurteilt.

Er ist geflüchtet, mehrere Hundert solcher Belgier über die Grenze gebracht zu haben.

Das Urteil wurde durch Erschießen vollstreckt.

Am 6. Dezember 1916 versuchte eine etwa hundert Mann starke und zum Teil mit Waffen versehene Bande den Grenzübergang nach Holland mit Gewalt zu erzwingen.

Von den 37 dabei festgenommenen Personen wurden vierzehn Tage darauf dreißig zum Tode und vier, die noch keine achtzehn Jahre alt waren, vom Militärgericht des deutschen Militärregiments zu Lüttich zu je fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Freiherr von Deune, der zu jener Zeit „Morix I.“ vertrat, wandelte die Todesurteile im Gnadenwege in lebenslängliches Zuchthaus um.

Eine Anzahl blutjunger Genter Bürgerkinder, darunter auch ein Neffe des Bürgermeisters Braun, versuchte eines Tages auf dem Wasserwege nach Holland zu entkommen, um als Kriegsfreiwillige in das belgische Heer einzutreten.

Diese Reize sollte auf dem „Wajant VIII“ vor sich gehen, dem zu diesem Zweck in aller Heimlichkeit ein dampfender Boden, unter dem die Flüchtlinge sich versteckt hielten, eingebaut wurde.

Es schien alles ganz glatt zu gehen. Aber in Belgien, das an das niederländische Dorf Sas van Gent am Ternener Kanal angrenzt, lauerte die deutsche Militärpolizei bereits auf sie, denn die Geflüchteten war „verpöffen“ worden.

Die Flüchtlinge wurden aus ihrem Versteck herausgeholt und vor das Militärgericht zu Gent gebracht, das sie zu ganz exemplarischen Zuchthausstrafen verurteilte und zu deren Verbüßung sofort nach Deutschland abtransportieren ließ.

Und nun für alle Zukunft, in der die schwarzweißen Fahnen des wilhelminischen Kaiserreichs über dem vergewaltigten Lande flatterten, solche und ähnliche Fluchtversuche auf Schiffen unmöglich zu machen, wurde befohlen, daß jedes Kanalschiff, das sich anschickte, die Grenze nach den Niederlanden zu passieren, vorher so gründlich ausgereinigt wurde, daß jedermann, der sich vielleicht hinter irgendeiner Bretterwand mit Erfolg zu verbergen wachte, elend erstickte und nur als Leiche nach jenseits gelangte.

Die Stappen-Inspektion griff auch sonst von Anfang an zu den strengsten Maßnahmen, um die feindliche Spionage zu belämpfen.

Sie sperrete für die Bevölkerung Telephon und Telegraph und machte den Briefverkehr, der ohnehin unter der schärfsten Zensur

### Die Brieftauben

der überall errichteten Postprüfstellen stand und nur innerhalb des besetzten Belgiens und im Verkehr mit Deutschland zulässig war, beinahe ganz unmöglich.

Dazu trat die strengste Personalüberwachung. Alle Einwohner, feindliche, neutrale und deutsche, die über fünfzehn Jahre alt waren, mußten stets einen genauen Personalausweis bei sich tragen, der ihre Photographie enthielt und von der zuständigen Militärpolizei geprüft war.

Wer ohne diesen Ausweis auf der Straße angetroffen wurde, erhielt unnachlässig eine strenge Bestrafung. Kein Mensch, außer den deutschen Heeresangehörigen, durfte die Grenze seines zuständigen kleinen Kommandanturbezirks überschreiten, wenn er nicht einen ordnungsmäßigen Kesselschein in der Tasche hatte, der bei der militärischen Poststelle beantragt werden mußte.

Fast alle Kommandanturen hatten solche Poststellen, und in Gent selbst war das große Hauptpostamt am Rouler errichtet, das unter der Leitung des berechtigten und bereits erwähnten Majors Gaim stand, der sich nach dem Kriege als Kreiskopf der Einwohnerwehr von Göttingen betätigte.

Gleich den Juden des Mittelalters wurde das zahlreichste Schiffervolk, das in Flandern lebte und webte, durch ein deutlich sichtbares Zeichen der übrigen Mitteln erkennbar gemacht.

Es bestand in einem weißen Anker, der auf der Kleidung am linken Oberarm fest angebracht sein mußte. Mann, Weib, Kind und Regel hatten diesen Anker zu tragen.

Wer ohne ihn auf dem Schiff oder am Lande angetroffen wurde, kam ins Gefängnis und erhielt obendrein seine Schifferkonzession entzogen.

Die Belgier und im besonderen die Flamen besaßen Millionen von Brieftauben.

Die Brieftaubenbesitzer von Gent und Umgebung hatten allein über hunderttausend dieser Tiere, die schon im grauen Altertum die besten Helfer der Spionage waren.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Demhrowski, für „Gent“ und „Brüssel“ und „Waldenburg“ Wilhelm Hienrich für „Wien“ und die übrigen Beilagen Alfred Demhrowski, sämtlich in Dresden. — Für den administrativen Teil Theodor Keller, Gletzig. — Für Inserate: E. Demhrowski.

## Einladung an Josefmann

Er möge praktisch an der Steigerung der Förderleistung mitarbeiten

Ein Funktionär des Bergarbeiterverbandes schreibt: „In der ‚Bergarbeiter-Zeitung‘ vom 29. 9. 28 wurde ein Bericht über die Reichskonferenz des BWB. sowie das Referat Josefmanns veröffentlicht. Dort steht wörtlich auf der ersten Seite, was Josefmann ausgeführt hat: „Ebenso dürfen wir hoffen, daß das seitige Anheben der Förderleistung je Mann und Schicht, das in den letzten Monaten in den Bergbauerebenen zu verzeichnen ist, uns unsere Position im Wafang wie auch im Sozialkampf erleichtern wird.“

Was ist das, Förderleistung, durch was wird die erhöhte Förderleistung erreicht? Nur durch das raffinierteste Gebirgsgeßte, das heute in der kapitalistischen Niedergangsperiode zu verzeichnen ist. Oder vielleicht durch technische Fortschritte unten in den Höhlenqualen, Kamerad Josefmann? Als Bergarbeiter sage ich zu den heutigen technischen Fortschritten, die auch gern von dem Bergarbeiterführer Josefmann angeführt werden, die unten im Loch vor sich gegangene Technik ist gut für den Arbeiter, um ihn möglichst früh zum Geisse zu machen. Abnahmehammer, Schüttelrutschen, die einen Höhlenlärm verursachen, steigern die Leistungen! Jawohl, und gleich dahinter steht das Geisse der Entlassung. Nur dann kann man verstehen, warum die Leistung steigt, warum der Rumpel das Rechte aus sich herausgibt und doch nichts verdient. Wenn ein Bergarbeiterführer glaubt, daß erhöhte Förderleistungen die Lage der Bergarbeiter bessern, dann kann man auch das Rätsel lösen, warum vom BWB. nichts gegen das Ausbeuterregiment unternommen wird. Hier ist auch der Grund zu suchen, warum die Arbeiterschaft sich nicht organisiert.

Ein Unternehmen konnte die Kapitalistenklasse nicht besser vertreiben wie Josefmann.

Wenn sich dann ein aufgeströrter Arbeiter erlaubt, die Reformisten zurechtzuweisen, dann hört man sie hysterisch schreien: Moskowitz, Verbandssprecher, raus aus dem Verband, ihr seht durchsicht. Der mit dem Verbandsstatut, es wird sich schon etwas finden, um einen ehelichen Arbeiter aus dem Verband herauszuschmeißen. Mussolini könnte die heutige Verbandsbürokratie beneiden um die Methoden, die zur Entlassung aufgestörter Arbeiter dienen. Also, Kamerad Josefmann, wenn du noch weiter hoffst auf erhöhte Förderleistungen,

dann komme samt deinen getreuen Verbandsbürokraten unten in die Grube, vielleicht lernst du noch praktisch die Förderleistung erhöhen.

Aber bestellt gleich die blaue Eidal. In dem Geisse von Abbaumauern und Schüttelrutschen könnt ihr ja dann über die Probleme von dem „Wafangkampf“ erleichtern“ und „Republik“ etwas nachdenken, aber die Nerven gingen zum Teufel.

Aber wenn die heutige Verbandsbürokratie noch Nerven hätte, würde sie nicht solche verrückten Ausschlußmethoden gegen Klassenbewußte Arbeiter anwenden. Doch dessen ungeachtet, wir werden weiter im Interesse der Arbeiterschaft für den Verband werden, möge Josefmann schreiben und revolutionäre Arbeiter verböhnen, unter Leitung der Opposition wird auch der Bergarbeiterverband die Arbeiterschaft zum Siege führen.

Aber auch Dank der kommunistischen Presse, daß jeder Arbeiter in ihr zu Wort kommen kann. Wir möchten auch gern der BWB-Zeitung schreiben, aber da muß man schon ein guter Jungsozialist sein.“

Beider der Verbandsvorsitzende Josefmann noch seine Getreuen werden der freundlichen Einladung freiwillig folgen. Ihre Tätigkeit ist geschützt und gesichert. Ausbrüchlich spricht der Vorsteher Josefmann ja immer von unserer Bergbau, im gleichen Sinne wie es auch die Unternehmer tun. Daraus entspringen all die Angriffe gegen Klassenbewußte oppositionelle Arbeiter, wie sie der Kamerad Schlichtert. Josefmann verteidigt damit unsere Bergbau!

Die Steigerung der Förderleistung wird den Bergarbeitern zugemutet, das ist eben Wirtschaftsdemokratie, die Josefmann und seine Freunde verteidigen.

Damit gilt es Schluss zu machen!

## Gleiwitz

Arbeitsmarktlage. Der Städtische Pressebericht Gleiwitz teilt mit: Die Erwerbslosigkeit in Gleiwitz zeigte auf Grund der Statistik ein verändertes Bild. Die Zahl der Arbeitslose ist wieder auf über 2000 gestiegen und suchen 1723 männliche und 208 weibliche Erwerbslose Arbeit. Nach dem amtlichen Bericht des Arbeitsamtes Gleiwitz war die Arbeitsmarktlage in dieser Berichtswoche

uneinheitslich. Durch Beendigung einzelner Hoch- und Tiefbauten und die damit verbundene Entlassung von Arbeitskräften machte sich ein Zustrom von Arbeitslosen bemerkbar. Trotzdem ist eine geringe Senkung in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen. Die Arbeitslosenliste ist von 877 der Vorwoche auf 827 und die Hilfslosenliste von 107 der Vorwoche auf 101 zurückgegangen. Kurzarbeiterunterstützung ist an 47 weibliche Personen bezahlt worden. Die Zahl der beschäftigten Kraftfahrerbauten schwankt in den letzten Berichtswochen zwischen 600 und 650. Vermittelt wurden 848 Personen gegenüber 278 der Vorwoche. Bei den einzelnen Hochgruppen herrschte vorwiegend Nachfrage nach Bauhilfskräften, Hausflößern, Maurern, Zimmerern, Malern, Pelzungsmastrichtern, Klempnern, Chauffeuren, Schneidern, Schweißern, Schuhmachern, Metallern, Klebtern und kaufmännischen Angestellten vor. Von ungelerten Arbeitskräften wurden Landarbeiter und Landarbeiterinnen für die Obst- und Kibenernte, Gelegenheits-, Fabrik- und Schachtarbeiter angefordert. Haus- und Bedienungsmädchen können jederzeit vermittelt werden.

# Zarnowitzer Falschmünzer vor Gericht

Gestern begann in Breslau der Prozeß gegen den aus Zarnowitz stammenden Techniker Kirschlot, der der Falschmünzerlei beschuldigt wird. Dem Prozeß liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Am 4. Mai wurde in Breslau auf der Sonnenstraße und der Freiburger Straße ein Mann beobachtet, der von Geschäft zu Geschäft ging, und eine Kleinigkeit kaufte. Immer gab der Mann ein fünfzig-Pfennigstück in Zahlung, und da er eine Kleinigkeit, meistens nur eine Schachtel Streichhölzer gekauft hatte, mußten ihm auf das fünfzig-Pfennigstück mindestens immer vierzig Pfennig herausgegeben werden. Ein Bekannter, der den Mann beobachtet hatte, begab sich in eines der Geschäfte und ließ sich das von dem Manne in Zahlung gegebene Geldstück zeigen. Er erkannte bald das Geldstück als falsch. Er beobachtete nun den Verdächtigen weiter, bis er ihn schließlich durch einen Postbeamten festnehmen ließ. Der Verdächtige war der 28 Jahre alte Techniker Alfons Kirschlot aus Zarnowitz.

Bei einer Vernehmung wurden bei ihm drei Rollen zu je fünfzig Stück falscher fünfzig-Pfennigstücke gefunden, sowie 24 Stück einzelne fünfzig-Pfennigstücke. Kirschlot bestritt bei seiner Vernehmung ganz entschieden, das falsche Geld selbst hergestellt zu haben. Er habe überhaupt nicht gewußt, daß das Geld falsch sei. Er wurde aber in Untersuchungshaft gehalten und am 7. August richtete er an den Untersuchungsrichter ein Schreiben, in welchem er ein volles Geständnis ablegte und dieses Geständnis wiederholte er auch dann mündlich. Nach seinen eigenen Angaben hat er bereits seit dem Jahre 1926 falsche fünfzig-Pfennigstücke hergestellt, und zwar in Kattowitz und Zarnowitz. Das Falschgeld habe er über die Grenze gebracht und in Neutheben, Breslau und Berlin veräußert. Den Anstoß zu dieser Falschmünzerei soll eine Postassistentin in Kattowitz gegeben haben, mit der er verlobt war. Als sowohl die Herstellung als auch der Absatz gut gelang, stellte er sich bald auf eine Massenfabrikation ein. Die im Jahre 1926 angefertigten 20 Stück fünfzig-Pfennigstücke gab er in Neutheben aus. Die Herstellung des ersten Geldes war ihm noch nicht genug; er wechselte deshalb mit dem Material und fertigte nunmehr 2000 Stück fünfzig-Pfennigstücke an. Dieses Falschgeld verkaufte er in einem Koffer und kam nach Breslau. Im Laufe einer Woche hatte er in Breslau 300 Geschäfte aufgesucht. Er lehrte mit einem Verdienst von 600 Mark nach Kattowitz zurück. Nunmehr fertigte Kirschlot 18 000 fünfzig-Pfennigstücke an. Mit diesem Gelde begab er sich in Begleitung seiner Braut nach Berlin. Innerhalb von drei Monaten war diese Menge umgekehrt. Eine Zeitlang reichte dieses Geld für ihren Lebensunterhalt aus. Im September 1927 mußte er dann aber wieder neues Geld anfertigen. Da das Paar nun einen „lohnenden Erwerb“ gefunden hatte, heiratete es im Oktober 1927. Im Februar benötigte das Paar aber wiederum Geld. Mit 2000 Stück neuen falschen fünfzig-Pfennigstücken begab sich K. nach Berlin und brachte innerhalb kurzer Zeit einen Verdienst von 650 Mark nach Hause. Im April fertigte er dann nochmals 2000 Stück fünfzig-Pfennigstücke an und kam mit diesem Gelde nach

Breslau. Am 4. Mai erlegte ihn dann das Schicksal. Nach seiner Verhaftung hat die Frau Selbstmord begangen.

## Rundfunk-Programm

Donnerstag, 18. Okt. 10.30: Schulfunk. Entsefer. Amberhor der Breslauer Musikschule. Leitung: A. W. K. Mits. Eva Weder (Kriegst.). 16.30: Bücherstunde. 16.30: Funkkapelle: Unterhaltungskonzert. Bioline: Dr. Jany; Flügel: C. Vogelsel. 17.15: Das Gespräch von der Schwermut. Eine Dialog von Stevan-Prager. 18.25: Dipl.-Ing. Hermann: Die Technik als Sozialfaktor. 18.25: Arbeiterrechtliches Jünglingsgespräch, von Rudolf Krametz und Richard Pol. 19.30: Englische Lesarten. 20.15: Jolly Schmalowitz geist. Flügel: Dr. W. T. Tarini; Kontrabaß: K. F. S. W. 20.15: Waganini: Sonate; Lauro. 20.30: Mozart: Adagio. 20.35: Ungarische Läng. 21.15: Gleiwitz: Heitere Quartette. Aufs. Solovariet der Singakademie. Studentenmusik. Reihe. Armer: Das Volkstied. 21.30: Mariner: Trennung. 21.30: Im Kranz zur goldenen Sonne. 21.30: Angerer: Junge Lieb und junger Weib. 21.35: Der Abschied. 21.40: Melodier: Wiegeleid. 21.45: Die Lebenslauf in Lieb und Luft. 21.50: Wiecht: Junger Liebesmus. 22: Abendberichte. Funkkapelle: Briefkasten. 22.30: Funkkapelle: Tanzmusik. Leitung: Marjalet.

Freitag, 19. Okt. 16: Hausfrauenbund Breslau. Margaret Weinberg: Die Frau im Handwerk. 16.30: Funkkapelle: Unterhaltungskonzert. Bioline: Dr. Jany; Flügel: C. Vogelsel. 17.15: E. Probst: Wie kann man für die Wochenendbeurteilung werden? 18.25: Gleiwitz: Provinzialverwaltungsrat Schneider: Oberschlesien und der deutsche Fremdenverkehr. 19.25: Dr. Gumbrow: Die wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Staaten in der Neuzeit. 19.50: Rechtsanwalt Bandmann: Was muß man von Zivil- und vom Strafrecht wissen? 20.15: Kamantier. Aufs.: S. W. S. Bachmann (Bartion) Kämer Grund (Klarinette), P. S. W. S. (Schlöhorn) Dr. H. K. (Klavier). Schumann: In der Fremde. Die Lotosblume: Sonntag am Rhein; Dem Helben. 20.30: Melodier: Konterfäß K-moll. 20.35: Schumann: Mondnacht; Der Kuckuck; Der Stalge. 20.40: Melodier: Konterfäß D-moll. 21: Seltsame Geschichten. 21.15: Die kleinen Käse. 21.30: Was: Du sollst dich meiner erinnern. 21.35: Schikier: Das Tagebuch der Rebekonda. Vortragendes Renee Kärtner.

Samstag, 20. Okt. 16: Bücherstunde. 16.30: Funkkapelle: Moderne Operellen. Leitung: Marjalet. 18: M. Sager: Materel, Dichtung und Theater. 18.20: Operant. H. S. S. S. Auf dem Schlüssigen Lande. 18.30: Arnold Schön: Interplay mit Generaldirektor Beelehub. 19.25: Einführung in die Reichstungsschrift. 19.50: Prof. Dr. Wiener: Das Weltbild im Wandel der Zeiten: Die Weltanschauung. 20.15: Abendunterhaltung. Funkkapelle. Mits.: Prof. Uebel. Gitarre, Kurt Wernid (Kriegst.), Eril Hellog (Kunstfehler), Villo und Eril Wellos (Marimbophon), Polawitz: Los Banderillos. Span. März. 20.30: Abenig: Torre Bernaja Granada. Folio: Fragment de V'Aour Gouler. 20.35: L'Arabesque. 20.40: Vase: El Galito. Balo doble. 20.45: Vier Läng für Gitarre allein. 20.50: Vint: Kulture Scene. 21: Ostprehen. 21.15: Egger-Gell: Untem Krjalsbebu. 21.20: Lau: Der Sport. 21.25: Thomas: Romane aus „Wanon“. 21.30: Kalmam: „Grüß mir mein Wien“, aus „Gratin Mariva“. 21.35: Wellos: Rinoorgelwit. 21.40: Richard: Inlet der Träume. Hamaqulied. 21.45: Smith: Sag's ihr beim Tam. 21.50: Harbald: Der Sankt. 22: Lau: De Biffli; De Scherdel. 22.05: Lau: Da haunt man. 22.10: Lau: Yu solat dreabr. 22.15: Radu: Der Voge. 22.20: Vint: Das Schwin. 22.25: Schaal: Teodor, du tommt mit komi. 22.30: Vortrag. 22.35: Tanzmusik der Funkkapelle. Leitung: Br. Marjalet. Beim „Rundfunkzweckel in Arterem“.

# GREILLING

Mit Typ 5 wurde ein Erzeugnis deutscher Wertarbeit geschaffen, das alle Merkmale höchster Qualität in sich trägt. Durch eine vollendete Mischung der besten Tabake, Samsoun und Xanthi, ist ein prachtvolles Aroma erzielt worden. - Typ 5 mit dem neuen Edelweiß-Mundstück aus hauchdünnem Film ist die Standardmarke Deutschlands geworden

# TYP 5

Die Erzeugnisse Mitteldlands größter Zigarettenfabrik sind nun auch in Schlesien zu haben. - abriklager: Breslau, Junkernstr. 41/43. Tel. 24097, (Raiffeisenhaus) Generalvertreter! Conrad Prager



# Arbeitersport

## Fußball

### Freiheit I — Bratislawia I 3:2

Mit dem Anstoß von „Freiheit“ entspann sich ein schönes Spiel, wobei beide Tore des öfteren in Gefahr kommen. „Freiheit“ drückt gewaltig, konnte aber vorerst nichts erzielen. Nach einiger Zeit belam der neue Mittelfürmer von „Freiheit“ den Ball und schob das erste Tor. Fünf Minuten darauf war der Ausgleich da. Nach Wechsel gelang es „Bratislawia“, das zweite Tor zu erzielen. Nach gutem Zusammenspiel gelang es wiederum Freiheits Mittelfürmer, den Ausgleich herzustellen. Immer spannender wurde das Spiel. Zum dritten Male gelang es dann dem Mittelfürmer, das siegreichende Tor 3:2 für Freiheit zu schießen. Freiheit ist stark überlegen, nützt aber nichts mehr aus. Der Schiedsrichter war sehr korrekt. Vorher spielten die zweiten Mannschaften 3:1 für Freiheit. Die dritte Elf spielte gegen Waders dritte Elf 1:0 für Wader. Die erste Jugend spielte in Trebnitz 3:0 für Freiheit. Die zweite Jugend spielte gegen West zweite Jugend 6:0 für West.

### Bessere Fußballresultate vom Sonntag

Wader I — 1921 I	2:0
West 2. Jgd. — Freiheit 2. Jgd.	0:0
Freie Sportfreunde II — Sparta II	6:4
1928 I — Sparta I	1:8
Stern I — Freie Sportfreunde I	7:1
Stern II — Freie Sportfreunde II	4:4
Stern III — Freie Sportfreunde III	2:0
Einigkeit I — VfL I	2:4

### Serienkämpfe der Athleten

Am Sonntag, dem 21. Oktober, beginnt der Bezirk Breslau des Arbeiter-Athleten-Bundes mit seinen Serienkämpfen im Ringen und Heben für 1928/29, zu denen 26 Mannschaften gemeldet sind, so daß für erstklassigen Sport verbürgt wird. Die Kämpfe finden sämtlich in der Leisinggarnhalle an den folgenden Sonntagen ab 15 Uhr statt. Abwiegern der Mannschaften von 14 bis 14,45 Uhr, wozu die Kampfrichter pünktlich erscheinen müssen; Ordner der Vereine um 13 Uhr. Die startenden Bezirksvereine, die noch Verpflichtungen bezügl. Kreis und Bund gegenüber haben, müssen diese bis 20. d. M. gegen Ausweis geregelt haben, da sonst Startverbot. Am ersten Kampftag wird das Gewichtheben der A- und B-Klasse in einem Vierkampf, beständig Reizen und Stoßen sowie heidarmig Reizen und Stoßen ausgetragen. Die Schüler und die Jugend werden sich im Ringen messen.

**Fußballpartie. Schiedsrichtervereinigung.** Mittwoch 20 Uhr beginnt ein neuer Schiedsrichterkursus. Die Vereine werden ersucht, ihre gemeldeten Genossen dahin zu senden. Vereine, die die Zahl der notwendigen Schiedsrichter noch nicht haben, müssen sofort noch Genossen nachmelden, damit diese teilnehmen können.

— **Gruppenpielausschuh.** Sonntag, den 21. Oktober, den ganzen Tag, am 28. Oktober ab 12 Uhr Spielverbot.

— **Bezirksauscheidungsspiele.** Zu dem am 21. Oktober auf dem Spartaplatz steigenden Ausscheidungsspiel der A-Gruppe gegen den Sieger von Brieg — VfL. um 14,30 Uhr ist Sportgenosse Wende (1921) als Schiedsrichter angelehrt. Vorher 13,30 Uhr steigt das Spiel Vertba Schüler — VfL. Schüler. Schiedsrichter Stiller (Einigkeit). Anleirichter: Kronig (FSS.), Sauer (West), Ulrich (VfL.), Bante (Vorwärts), Rupprecht (Rapid), Hampel (Union). Treffpunkt 13 Uhr bei Großer, Umkleidelokal.

**Handball. Schiedsrichtervereinigung.** Mittwoch um 20 Uhr Vollversammlung bei Hanke, Leuthenstraße. Der Ausschuh erscheint um 19,30 Uhr, desgleichen die Bundesgenossen Schönfeld A. und Großpietsch von Nordost.

### Kreis Konferenz des Arbeiter-Samariterbundes

Im Anschluß an die Bundeshauseinweihung des Arbeiter-Samariter-Bundes fand in Chemnitz eine Kreisleiterkonferenz statt, die sich mit dem derzeitigen arbeitgemeinschaftlichen Kurs im A.S.B. befaßte. Wie bei der Zusammenkunft der Tagung nicht anders zu erwarten war — von den anwesenden 36 Kreis- und Bundesfunktionären gehörten 31 der SPD. und nur 3 der KPD. an — bestätigten die dort gefaßten Beschlüsse die Linie der Zusammenarbeit mit Behörden und bürgerlichen Organisationen und des verstärkten Kampfes gegen die revolutionäre Opposition im A.S.B.

Ueber die Verhältnisse in den Kolonnen Berlin und Leipzig berichteten die vom Bund zu Massenausstellungen beauftragten Kolonnenvorsitzenden Machnitzki-Berlin und Wytus-Leipzig. Die Referate, die eine einzige Hege gegen die oppositionellen Mitglieder darstellten, sollten eine Rechtfertigung sein für die Spaltung der Berliner Kolonne und den Ausschluß des Leipziger Zentralvorstandes. Daß unter den Ausgeschlossenen sich auch zahlreiche Mitglieder der SPD. befinden, wurde allerdings nicht mitgeteilt.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde über die Zusammenarbeit zahlreicher Kolonnen mit der Teno und „anderen Organisationen“ berichtet. Unter „anderen Organisationen“ sind, wie das die kommunistische Presse bereits des öfteren gebrandmarkt hat, das „Rote Kreuz“, der Kaiserliche Automobilklub und andere

reaktionäre Verbände zu verstehen. — Zwar wurde gegen diese offene Zusammenarbeit zwischen A.S.B. und Teno Stellung genommen. Es wird sogar diesen Kolonnen angedroht, daß sie „die daraus entstehenden Konsequenzen zu tragen“ hätten. — Wie wenig ernst es aber damit der Kreisleiterkonferenz war, verrät der Beschluß, daß keine Einwendungen erhoben werden gegen gemeinsame Übungen mit „städtischen Rettungswachen und deren Einrichtungen“. Diese städtischen Wachen liegen aber zum großen Teil in Händen des „Roten Kreuzes“!

Die Klassenbewußten Mitglieder des A.S.B. lehnen jede Zusammenarbeit mit den Behörden des kapitalistischen Staates und bürgerlichen Organisationen ab. Sie lehnen es ab, Delegierte in behördliche Ausschüsse für Rettungswesen zu entsenden und dort mit dem „Roten Kreuz“ zusammenzuarbeiten. — Die oppositionellen Arbeiter-Samariter misbilligen den Spaltungskurs der Bundesleitung und die Verschlagung der Berliner und Leipziger Kolonnen.

Die Kreisleiterkonferenz stellte keine Vertretung der Meinung der Mitgliederherbeiz dar. Diese muß in den kommenden Kolonnenversammlungen und auf Bezirks- und Kreis tagen zu Worte kommen. Die Mitgliedschaft wird sich entscheiden müssen für die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiter-Samariter-Bewegung unter der Fahne des Klassenkampfes.

# Hoher Verdienst

durch Abonnentenwerbung in allen Orten. Meldungen bei der **Schleifischen Verlags-Gesellschaft m. b. S.** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50

**Schauspielhaus**  
Cyprienbühne  
Breslau  
Telephon Nr. 3637

Täglich 20 Uhr:  
Der thürliche  
Felterkells - Erfolg  
Prinzessin  
Ti-Ti-Pa

**Vereinigte Theater**  
**Lobe-Theater**  
Von Sonnabend, d. 13. 10. bis Freitag, den 19. 10. außer Donnerstag täglich 20 Uhr  
Eine kleine Sünde  
Donnerstag, 18. 10., 20 Uhr  
Der lebende Leichnam  
Sonnab., 20. 10., 20 Uhr  
Uraufführung  
Die Tage der Geschwister Turbin

**Thalia-Theater**  
Von Sonnab., den 13. 10. bis Freitag, den 19. 10. täglich 20 Uhr  
Der Prozeß Mary Dugan  
Dienstag, den 16. 10. Zum 25. Male!  
Der Prozeß Mary Dugan  
Sonnabend, 20. 10., 20 Uhr Zum 1. Male  
Oelrausch

**Stadt-Theater Breslau**  
(Opernhaus)  
Montag, 20 Uhr  
Der Barbier von Sevilla  
Dienstag, 19.30 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie A 4  
Garmen  
Mittwoch, 20 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie B 4  
Fadame Butterfly

**Inferate**  
haben in unserer Zeitung  
**besten Erfolg**

**Sie verdienen Sie täglich**  
10 Mark mit Schnürsenkel  
Nur persönl. kommen  
**Reste**  
n Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal, alles sehr billig prima Ware  
Detail und Engros  
Berth. Lippert  
Breslau  
Geiarichstraße 16  
Filiale: Oberstr. 17  
Weißberggasse 43

**Max Schönfelder**  
Lebensmittel - Großhandlung  
Breslau 1, Albrechtstr. 58  
Zimmer auf der Wacht, sich bietende Erstangebote raschstens auszunutzen, bringe ich heute  
**drei Sonder-Angebote**  
die von jedem Haushalt bestimmt freudig begrüßt werden dürften.  
Nr. 1. Neuer Schmolzer Zucker (Farin weiß) das ganze Pfund nur 26 Pfennige 5 Pf. 1.28, 10 Pf. 2.50  
Nr. 2. Neue reife Zitronen das Stk. 12, 5 Stk. 58 Pf., 10 Stk. 1.10  
Nr. 3. 3000 Pfd. Holl. Dauer-Pfandwaffeln das Pf. 1.28, 5 Pf. 6.25, 10 Pf. 12.50  
**Max Schönfelder**  
Kaffee-Rösterei :: Tee-Import  
Waren-Versandhaus  
und Wein-Großhandlung  
Breslau 1, Albrechtstraße 58

**Möbel**  
a bill. Preisen auf bequemste  
Teilzahlung  
gegründet 1893  
**HÜBNER**  
Breslau  
Reischstr. 2

**Quabis-Brot**  
macht Wangen rot  
überall erhältlich

**Stung — Stung Arbeiter**  
Billig und gut kaufen Sie jederzeit neue sowie getragene Anzüge, Hosen, Jackets, Wäsche Schuhwerk usw. Berufskleidung aller Art in der  
**Berliner Kleiderhalle**  
Beuthen  
Siemianowitz- Chaussee Nr. 1

# Auch diese Woche

bringen wir Angebote und kann jeder zu diesen Preisen kaufen

**Wollwaren**

Herren-Becken, gute Qualität	Stück 11,50	9.75
Herren-Pullover, in schönen Mustern	Stück 14,75	9.75
Kinder-Sweater, gestrickt oder Trikot	Stück 4,25	2.95
Kinder-Becken in hübschen fröhlichen Farbenzusammensetzungen	Stück 6,50	3.90
Gewaschen-Dosen in vielen Farben	Stück 5,25	3.90
Knaben-Anzüge, Knabensform, entwürfend verarbeitet	Stück 7,75	4.75
Knaben-Dosen mit Leibchen, gestrickt oder Trikot	Stück 3,50	2.75
Mädchen-Strickkleid, gut verarbeitet	Stück 13,50	11.50
Kinder-Pullover für Knaben od. Mädchen	Stück 6,75	4.25
Schal und Mäße für Kinder, in vielen schönen Farben, moll. Ware, Garantiert	Stück 2,95	2.25
Flanell-Schal in großen Farbzusammensetzungen	Stück 3,50	1.75
Kinder-Abtügen mit Arm, weiß od. farbig	Stück 1,45	95.
Kinder-Mützen, verschiedene Knäufelungen	Stück 2,25	95.
Wand-Schal, Cepe de Opine entwürfend Muster	Stück 4,50	2.45
Frauen-Knäckelgestrick	Stück 8,75	3.90

**Strümpfe**

Damen-Strümpfe, Baumwolle gewebt, schwarz oder farbig	Paar	48.
Damen-Strümpfe, wasserfest, Doppelsohle, verhärtete Hochferse	Paar	1.25
Damen-Strümpfe, Prima Wafel oder „Seidenwafel“ je nach Art	Paar 1,95	1.65
Damen-Strümpfe, Wolle plattiert, gute haltbare Qualität	Paar	2.25
Damen-Strümpfe, reine Wolle, schwarz oder farbig	Paar	2.75
Damen-Strümpfe, Wolle mit Seide	Paar	2.95
Damen-Unterziehstrümpfe	Paar 1,35	85.
Damen-Strümpfe, Baumwolle, Silberfempel	Paar	2.95
Damen-Strümpfe, Prima Wafelwolle mit Flor-Doppelsohle und Hochferse	Paar	1.95
Damen-Strümpfe, reine Wolle meliert	Paar	3.50

**Handschuhe**

Herren-Goden, Strapazierqualität	Paar 4,50	88.
Herren-Goden, Kamelhaarfarbig 1X1 gestrickt	Paar	88.
Herren-Goden, Wolle platt, gute Dual.	Paar 1,25	1.25
Herren-Goden, reine Wolle	Paar 1,45	1.45
Herren-Goden, Wolle mit Seide plattiert	Paar	1.25
Herren-Goden, Kaschmir, reine Wolle, gute Qualität	Paar	1.75
Herren-Goden, Kaschmir Jaquard, modern gemustert	Paar	2.45
Herren-Strümpfe mit farbiger Kante, einfarbig oder meliert	Paar 3,75	1.95
Herren-Spartistrümpfe, mit Strickfuß in schönen melierten Farben, Paar 5,25, 4,50	Paar	2.95

**Kinder-Strümpfe**, Wolle plattiert, 1X1 gestrickt, Größe 1. . . . . Paar 60.  
jede weitere Größe 10. . . . . mehr

**Trikotagen**

Herren-Normal-Oberteil, wollgemischt Doppelbrust, Größe 4, Stück 6,75, 4,90	2.75
Herren-Normal-Dosen, wollgemischt Größe 4 . . . . . Stück 4,90, 3,75	1.95
Herren-Einsah-Oberteil, wollgemischt, mit schön. Einsägen, Gr. 4, Stück 5,50, 4,90	2.95
Herren-Futter-Dosen, schöne mollige Ware, Größe 4 . . . . . Stück 4,50, 3,70	2.35
Herren-Futter-Oberteil, grau oder beige Größe 4 . . . . . Stück	4.25
Herren-Plüsch-Oberteil, gute Qualität Größe 4 . . . . . Stück 8,25	5.75
Herren-Plüsch-Dosen, schwere Qualität Größe 4 . . . . . Stück 6,90	4.50
Damen-Futter-Schlüpfer, schwarz Größe 42, 44, 46 oder 48 . . . . . Stück	1.95
Damen-Schlüpfer, Kunstl., inn. angeraut, in viel. Farb., Gr. 42, 44, 46 od. 48, Stück	2.95
Damen-Unterzieh-Schlüpfer Größe 3 . . . . . Stück 1,45, 1,25	68.
Damen-Unterzieh-Oberteil weiß oder farbig . . . . . Stück 1,75, 1,15	95.
Damen-Oberteil, Trikot, in gut. Ausführung, Größe 3 . . . . . Stück 3,25, 2,45	1.75
Damen-Kalzen, gestrickt, mit 1/2 Arm Größe 4 . . . . . Stück 2,75, 2,25	1.45
Kinder-Futter-Schlüpfer, in viel. Farben Größe 30 . . . . . Stück 1,50, 1,35	95.
Kinder-Normal-Anzüge, offen, Größe 60 . . . . . Stück 2,50, 1,95	1.45

**Strickkostüme**  
in schönen sportl. Farbzusammensetzungen . . . . . 17.50

# BARASCH

**Damen-Hüte**  
in enormer Auswahl, neuesten Formen, in den Hauptpreislagen Stück 5,75, 4,90, 3.90

# Helft den Waldenburger Bergarbeitern!

Die Internationale Arbeiter-Hilfe, die sofort bei Ausbruch des Waldenburger Streiks eine Hilfsaktion eingeleitet hatte, stellt uns folgende Zuschrift zur Veröffentlichung zu:

„Solidarität“ — ist unsere Lösung!

Schon zwei Wochen wird der Kampf der Waldenburger Bergarbeiter gegen die Grubenherren um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt. Groß ist die Notlage besonders in den kinderreichen Familien. Die Internationale Arbeiter-Hilfe hat ohne Namen ihre Arbeiter bei Ausbruch des Kampfes sofort aufgenommen, um den kämpfenden Bergarbeitern zu helfen und sie in ihrer Kampfkraft zu stärken. Die Landesbezirke Sachsen und Halle haben die Unterstützungskampagne eingeleitet. In Waldenburg wurden für die Kinder der Streikenden 90 Mittagsbrote, in Altwasser 80, in Nieder-Hermersdorf 80. In Altwasser wurde eine Lebensmittelverteilung an 70 Bergarbeiter vorgenommen. Eine Reihe von Lebensmitteln wurde durch die I.A.H. Waldenburg der Streikleitung zur Verteilung überwiesen. In Landeshut erhielten 60 Bergarbeiter aus Landeshut und Reichshammerdorf Lebensmittelpakete; die Verteilung fand im Saale der „Sonne“ am 12. Oktober statt.

Es ist vorläufig nur eine kleine Hilfe bei der großen Notlage, aber die I.A.H. wird durch aktive Solidarität weitere und größere Hilfsmassnahmen durchführen.

Wir richten an alle Mitglieder und die gesamte Arbeiterschaft den Appell, weiterzuhelfen und diese Solidaritätsaktion mit allen Mitteln zu unterstützen. Geldspenden bitten wir auf Postcheckkonto 718 27 Breslau, K. Erbe, zu leisten. Alle Beträge werden öffentlich quittiert. Lacht euch durch die schofle Hege der „Bergwacht“ und ihrer Helfershelfer in der Aktionskraft nicht beeinflussen!

## Der Panzerkreuzerbau im Spiegel der Finanznot der Gemeinden

Von Hermann Kellermann

Es ist interessant, zu beobachten, wie die sozialdemokratischen Führer, auch die der übrigen Regierungsparteien zu der Finanznot der Gemeinden Stellung nehmen. Auf der einen Seite stützen sie die Finanz- und Steuerpolitik ihrer Minister, gehen in der Panzerkreuzerfrage mit ihnen durch dick und dünn, und auf der anderen Seite jammern sie, daß durch die Finanzpolitik des Reiches den Gemeinden der letzte Rest der Selbstverwaltung verloren geht. Auf allen Städte-, Landgemeinde- und Kreisversammlungen, die in den letzten Monaten stattfanden, hörte man ein und dasselbe Klagegeschrei über die Finanznot der Gemeinden und Kreise. Es wurde Klage darüber geführt, daß den Gemeinden die Zuschüsse, die sie nach dem Finanzausgleichsgesetz aus dem Reichsteuereinkommen zu beanspruchen haben, immer mehr gekürzt werden. Früher belamen die Gemeinden 25 Prozent des gesamten Steueraufkommens zurück, heute sind es nur noch 10 Prozent. Die Steuerquellen, die den Gemeinden früher zur Verfügung standen, sind bis auf kleine örtliche Steuerarten, wie z. B. Hundesteuer, Gemeinde-Biersteuer, Vergnügungssteuer, Kinossteuer usw., von der Reichsregierung beschlagnahmt worden, vielfach wurde auch darüber geklagt, daß die Zuschüsse auf die sogenannten Realsteuern, dazu gehören die Grund-, Gewerbe- und Hauszinssteuer, nicht 50 Prozent von dem einbringen, was sie nach den Voranschlägen den Gemeinden bringen müßten.

Auch die Zuschüsse, die den Gemeinden zum Straßen- und Wegebau zustehen, bleiben aus, weil die Länderregierungen, die Provinz- und Kreisbehörden das Geld in der Regel auf das Schuldenkonto der Gemeinden umrechnen, also zurückbehalten. Jeder einsichtige Mensch, der diese Dinge genau kennt, und sich nicht bloß mit einem faulen Geschwätz über diese unhaltbaren Zustände begnügt, muß daran interessiert sein, das die wertvolle Bevölkerung, in der Stadt und auf dem Lande, die unter der steuerlichen Belastung des Reiches stöhnt, und durch die Belastung der Gemeinden noch besonders zu leiden hat, gegen die Steuererhebung und Finanzwirtschaft des Reiches in Bewegung gebracht wird.

Einen solchen Abwehrkampf von unten kann die werktätige Bevölkerung aber nur unter Führung der Kommunisten einleiten und durchführen. Von den Parteien, deren Vertreter heute in den behördlichen Stellen der Kreise und Gemeinden hocken, kann das beim besten Willen nicht verlangt werden, denn sie sind doch Fleisch und Blut von denen, die oben die Gesetze machen, sie sind die ausführenden Organe dessen, was ihre Parteifreunde und Minister im Reichstag und Landtag beschließen.

Wenn die Vertreter der Kommunistischen Partei in den Gemeindevertreter- und Stadtverordnetenversammlungen, auf Städte-, Landgemeinde- und Kreisversammlungen, die Ursachen der schlechten finanziellen Lage der Gemeinden aufzeigen, und die Klagelieder der sozialdemokratisch-bürgerlichen Vertreter in Anträge zur Abwehr umformt, dann stimmt die ganze Meute von Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen gegen die Anträge oder sie übergehen die Anträge dem Vorstand, der sie auf Nimmerwiedersehen verschwinden läßt.

Auf dem preussischen Städtetag in Breslau, der Ende September stattfand, war es wieder so. Die Kommunisten stellten den Antrag, von der Reichsregierung zu verlangen, den Gemeinden die ihnen durch Finanzausgleich abgezogenen 15 Prozent vom gesamten Steueraufkommen zurückzugeben. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Städtetages gegen die Stimmen der Kommunisten dem Vorstand — wahrscheinlich zur Materialsammlung — überwiesen. Dasselbe geschah mit den Anträgen, in denen zum Wohnungsbau, zur Steuerfrage, zur Wohlfahrts- und Krankenpflege, zum Panzerkreuzerbau und zur Wiederherstellung der Finanzhoheit der Gemeinden Stellung genommen wurde. Aus der Stellung der bürgerlichen Vertreter einschließlich der Sozialdemokraten, zu den Anträgen der Kommunisten geht klar hervor, daß es den Leuten nicht auf eine Aenderung der Verhältnisse in den Gemeinden ankommt. Ihre Klagelieder und nichts sagenden Entschuldigungen, die gewöhnlich angenommen werden, sind nur ein Theater zur Täuschung der werktätigen Stadt- und Dorfbewohner. Damit ist natürlich die Finanznot der Gemeinden noch nicht beseitigt. Um die Beschaffung der Mittel für die Vertreter der Regierungsparteien auch gar nicht verlegen. Es werden von ihnen allerhand Vorschläge gemacht, die der werktätigen Bevölkerung in der Stadt und auf dem Lande neue wirtschaftliche Belastungen bringen.

Die Vorschläge, die auf allen Tagungen gemacht werden, sind sehr einheitlich, und sehen wie folgt aus: Erhöhung der Zuschüsse auf die Realsteuern, Zuschlagsrecht der Gemeinden auf Einkommen- und Umsatzsteuer, Zurückgabe der Getränkesteuer an die Gemeinden, Einführung einer Kleinhandels- und Gemeinde-Propfsteuer, Aushebung der Hauszinssteuer auf landwirtschaftliche Gebäude, und noch andere.

Beschlüsse, die in dieser Richtung lauten und durchgeführt werden sollen, wurden erst kürzlich in der Reichsregierung gefaßt. Die 500 Millionen für das von der Reichsregierung unter Zustimmung sozialdemokratischer Minister aufgestellte Aufrüstungsprogramm, die Mehrausgaben für Reichswehr, Marine, Polizei und Kirche, die Ausgaben für den nutzlos ausgehaltenen oberen Beamtenapparat, die Millionen, die an Reparationslasten ab 1. September mehr gezahlt werden müssen, will die Müller-Regierung in Gestalt von Steuererhöhungen durch Schaffung neuer Steuerarten, durch Abbau der Zuschüsse an die Gemeinden und durch die Beschlagnahme der Gemeindebesteuerquellen herausfinden. Solche Maßnahmen tragen natürlich nicht zur Linderung, sondern zur Verschärfung der Finanznot der Gemeinden bei.

Die zwangsläufige Folge davon ist, daß die Gemeinden und Kreise, um sich vor dem Bankrott zu retten, ebenfalls Steuererhöhungen vornehmen müssen und Vorschläge zur Einführung und Erhebung irgendwelcher Steuern machen, ganz gleich, ob die Arbeiter, kleinen Geschäftskleute, Handwerker und Arbeitsbauern unter der Steuerlast zusammenbrechen und einer nach dem anderen bankrott machen. So ungefähr, im großen Rahmen gesehen, wickeln sich die Regierungsgeschäfte in der kapitalistischen Republik auf Kosten der breiten werktätigen Massen ab.

## Wer gegen Panzerkreuzer — „an die Laterne“!

In einer öffentlichen Kundgebung des „Deutschen Seemannsvereins“ im „Clou“ wurde Gegenpropaganda gegen das Volksbegehren und für den Bau von Panzerkreuzern betrieben. Der ganze Abend stand im Zeichen der Hege gegen die kommunistische Partei und gegen Sowjetrußland.

Nach dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Sehelmar Dr. Du a z, der unter der Parole „Den Döland soll'n wir retten!“ für die Kriegsvorbereitungen gegen Polen agiterte, sprach der Fregattenkapitän Scheib e: „Wir fordern ein Recht zur Aufrüstung in einem Maße, das wir selbst für richtig halten.“

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Klein erging sich dann in einer wüsten Hege gegen die kommunistische Partei und gegen Sowjetrußland. Gleich zu Beginn seiner Rede erklärte er: „Wer gegen die Aufrüstung ist, gehört an die Laterne!“ Dann begann er, alle jene Phrasen abzuliefern, die die deutsche Konterrevolution gegen die kommunistische Partei stets vorbringt: Die KPD. handele im Auftrag einer fremden Macht; deswegen müßten alle Kom-

munisten des Landes verwiesen werden. Die „nationale Bevölkerung“ müsse das kommunistische Volksbegehren zuhänden machen. Ganz im Stile der SPD.-Presse — ein erhebendes Bild: der deutsch-nationale Redner mit den Argumenten der Stamper und Pänfler — witterte er gegen das Recht der Sowjetunion auf Abwehrmaßnahmen.

So sind die Kriegshörer und die Bluffkäufer des Weltkrieges 1914/18 wieder am Werke. Die Arbeiterschaft muß dafür sorgen, daß durch ihre revolutionäre Massenaktion das neue Wochen verbindert wird. Antwortet ihnen: Mit aller Kraft für das Volksbegehren!

## Berebere die Sabotage gegen das Volksbegehren

Severing laßt sich ins Fährchen.

Die Hoffnungen der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, ihre Schandenfreude, mit der sie den „Mißerfolg“ des Volksbegehrens begrüßt, zeigt deutlich, daß sie nur auf Grund der ihr bekannten behördlichen Sabotage hofft, daß das Volksbegehren nicht zum Siege gelangt. Tatsächlich übersteigt das, was an Sabotageakten der Behörden aus dem ganzen Reiche gemeldet wird, alles bisher Dagewesene, und auch nur so ist es zu verstehen, daß hauptsächlich in den ländlichen Gegenden, wo die reaktionären Gemeinderäte nicht so unter dem Druck der Arbeiterschaft stehen, die Ziffer der sich Einzelnen vorläufig noch nicht so stark angewachsen ist, wie das im Interesse der Bewegung gegen den Panzerkreuzer und gegen die imperialistischen Kriegshörer zu wünschen wäre. Im folgenden nur eine Reihe von Orten aus dem Gebiet der Provinz Brandenburg — Grenzmark — Lausitz, in denen entweder die Gemeinderäte es einfach abgelehnt haben, die Listen in Empfang zu nehmen, oder durch eine raffinierte Zeitfestlegung den in Betracht kommenden Volkschichten faktisch die Möglichkeit genommen haben, sich überhaupt in die Listen zum Volksbegehren einzutragen. Diese Orte sind: Wittstock, Springe, Buchholz, Reppen, Böttchow, Groß-Rachnow, Klausdorf, Berenberg, Glasow, Wildenbrück, Alt-Drewitz, Seelow, Sonnenburg, Hoppenrade, Lübbichow.

Wie überall, so stehen sozialdemokratische Bürgermeister, Landräte usw. an der Spitze der Sabotage gegen das Volksbegehren. In den ostpreussischen Landorten Alt- und Neu-Töplitz, Grube und Döhl hat nämlich die Bevölkerung bis heute gleichfalls noch nichts von einer Bekanntmachung über das Volksbegehren erfahren. Der Landrat in diesem Kreise ist der berüchtigte sozialdemokratische Führer Wilhelm Stiering, der es natürlich in erster Linie für seine Pflicht ansieht, dem sozialdemokratischen Innenminister zu folgen bzw. auf Grund dessen, daß Severing nicht nur für den Panzerkreuzerbau stimmte, sondern sich in der Zeit danach wiederholt zur imperialistischen Aufrüstung in Deutschland offen bekannte, alles zu tun, um einen Erfolg des Volksbegehrens zu verhindern. — Die Arbeiterschaft aber wird heute oder später unabweislich den SPD.-Führern und ihrer imperialistischen Politik eine entscheidende, revolutionäre Antwort geben.

# Riesengewinne der schwerindustriellen Ausperrer

Nachdem die Schwerindustrie unter Verzicht auf ausreichende Rentabilität der Gewerkschaften gegenüber seit Jahr und Tag in der Defensive verharrt, nachdem sie immer wieder versucht hat, mit allen nur erdenklichen Mitteln die Betriebe weiterzuführen, ist die Entwicklung jetzt an einem entscheidenden Punkte angelangt. Nicht etwa, daß die Industrie beabsichtigt, aus Respektiment zur Offensive überzugehen. Wer die führenden Persönlichkeiten kennt und die Entwicklung in der Lohn- und Arbeitszeitfrage verfolgt hat, weiß, daß der Rindigungsbeschluss keineswegs aus kleinlicher Verärgerung über die Haltung der Gewerkschaften erfolgt ist, sondern lediglich den harten Notwendigkeiten Rechnung trägt. Mit einer Eisenpreiserhöhung kann der Industrie nicht mehr geholfen werden, zumal die Marktverhältnisse eine solche im Augenblick gar nicht zulassen. Da aber bei einer neuen Belastung der Werke eine verheerende Verlustwirtschaft einreißen muß, ist die Stilllegung der Betriebe die einzige Möglichkeit, den Aktionären wenigstens noch die Substanz zu retten.

So schreibt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 13. Oktober. Wie es in Wirklichkeit um den Geldbeutel der Schwerindustriellen bestellt ist, wird treffend durch folgenden Artikel gezeigt:

Im gleichen Augenblick, wo die Eisenindustriellen die Gesamtausperrung der rheinisch-westfälischen Metallarbeiter beschlossen haben, wird bekannt, daß der deutsche Stahlruß der jugoslawischen Regierung eine Anleihe von 100 Millionen Mark gewährt. Seit Monaten singen die Stahlkonzerne herzzerreißende Klagelieder: bei den heutigen Löhnen und Soziallasten können sie mit den Preisen kaum auskommen, die Gewinne seien nicht der Rede wert und müssen immer wieder abgeschrieben werden, die neue Tarifierhöhung der Reichsbahn werde sie, die Industriellen, vollends auf den Fund bringen, usw.; welcher Arbeiter kennt das Gejammer nicht schon auswendig? Und nun ist der Stahlruß mysteriösweise auf einmal in der Lage, der ausländischen Regierung eine Summe vorzuschlagen, die sage und schreibe fast doppelt so hoch ist wie sein letztjähriger Reingewinn (53 Millionen Mark). Und es wird ja nicht allein mit Jugoslawien über ähnliche Kredite verhandelt!

Aber es kommen noch interessantere Dinge heraus. Bei allen Lohnverhandlungen haben die Stahlunternehmer immer wieder die „Tatsache“ ins Treffen geschickt, daß ihnen die Exportpreise infolge der scharfen Konkurrenz auf den Weltmärkten „kolossale Verluste“ bringen. „Verlustbringende Ausfuhrpreise“ — damit wurde jede Lohnherhöhung abgelehnt und jede Lohnkürzung begründet, mit dem Hinweis darauf, auf den „eben notwendigen Schleichexport“, ließen die sozialdemokratischen Führer die Opposition in den eigenen Reihen verstummen, wenn man wieder einmal vor dem Unternehmertum kapitalisierte. Für die Ruhrindustriellen war es mit der Zeit eine richtige Zauberformel geworden, die ihnen ihren Druck auf die Regierung, auf die „Untersuchungskommissionen“, auf die Gewerkschaften erst ermöglichte. In der Tat, wenn man bedenkt, daß auf die Ausfuhr heute rund die Hälfte des Gesamtjahres entfällt (nämlich 33 Prozent auf den direkten Export und 17 Prozent auf den „mittelbaren“ Export zu Welt-Preisen), so leuchtet es ein, welchen Einfluß die Exportverluste auf die Gesamtrentabilität haben müssen. Für Stabeisen z. B. liegt heute der Ausfuhrpreis mit 122,5 Mark um 18,5 Mark unter dem Inlandspreis. Diese Differenz wirkte so suggestiv, daß man meistens gar nicht auf den Einfall kam, zu fragen, wie hoch denn eigentlich die Selbstkosten liegen. Wie konnte man annehmen, daß

selbst ein Preis, der fast um 20 Mark unter dem Inlandspreis liegt, immer noch gewinnbringend ist.

Und doch ist dem so. Die Selbstkosten für Stabeisen stehen laut der neuesten Indiskretion der „Kölnischen Volkszeitung“ auf ungefähr 120 Mark pro Tonne. Daraus folgt: 1. daß der Preisgewinn der Stahlkapitalisten im Inlandsgeschäft 17,5 Prozent beträgt; 2. daß auch in dem Ausfuhrgeschäft immer noch 2 Prozent Gewinn erzielt werden. So sehen die „kolossalen Exportverluste“ in Wirklichkeit aus!

Dabei sind die Ausfuhrpreise im bauernden Steigen begriffen. Die direkte deutsche Eisen- und Stahlausfuhr ist gegenwärtig im Monat um mehr als 100 000 Tonnen höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, der Exporterlös aber um etwa 30 Mark je Tonne Stabeisen höher! Allein seit Januar dieses Jahres ist der Erlös für Formeisen um 7,40 Mark gestiegen, für Stabeisen um 15,20 Mark, für Bandblech um 11,10 Mark, für Grobblech um 9,80 Mark, für Mittelblech um 12,90 Mark. Nimmt man die durchschnittliche Erlöserhöhung seit Januar mit 12 Mark pro Tonne und die Jahresproduktion an Fertigzeugnissen mit rund 13 Millionen Tonnen an, so hat die Schwerindustrie allein bei den Walzwerkprodukten seit Anfang dieses Jahres einen Preis-Mehrertrag von rund 150 Millionen Mark erzielt! Daher also die ungeheuren Summen für jugoslawische und andere Geschäfte.

Was für einen Schwundel die deutschen Unternehmer mit ihren „Preisberechnungen“ treiben, zeigt noch ein anderer Fall. Seit Jahr und Tag wird in Deutschland das Märchen verbreitet — und in den „zuständigen“ Gewerkschaftskreisen mit lindlichem Glauben aufgenommen — die deutschen Eisenpreise seien niedriger als die englischen. Woraus natürlich folge, daß die deutschen Unternehmer schwere Opfer bringen müssen, daß auch die Arbeiterschaft bei ihren Forderungen das einsehen muß usw. usw. Und nun kommt es an den Tag, daß bei der Gegenüberstellung der deutschen und englischen Eisenpreise von den Unternehmern bisher immer Unvergleichliches verglichen wurde: nämlich die deutschen Thomas-Stabeisenpreise ab Werk, ohne alle Gütertarife, für Mengen, die nur für „Großverbraucher und Großhändler“, also einen relativ kleinen Ausschritt des Abzuges, in Frage kommen, verglichen mit dem englischen Bruttopreis für das qualitativ höherstehende SM-Eisen (einschl. Fracht), drei Verbrauchsort, gültig für Mengen, die der kleinste Verbraucher aufnimmt, zudem für eine besondere Eisenforte, die meist sehr gängig und daher teurer ist als normales Stabeisen. Wenn man diese Fälschung der deutschen Unternehmer korrigiert und wirklich vergleichbares deutsches und englisches SM-Eisen einander gegenüberstellt, so ergibt sich, daß die deutschen Preise um 13—23 Mark über den englischen liegen! Und das, trotzdem die Selbstkosten der englischen Eisenindustrie infolge ihrer technischen und organisatorischen Überlegenheit um vieles höher sind als die deutschen Produktionskosten.

Aber das ist noch nicht alles. Die deutschen Unternehmer betonen sich immer darauf, daß sie an das Internationale Rohstoffkartell gemaltige „Strafgelder“ für Ueberschreitung der Produktionsquoten zahlen müssen. Für jede Tonne Ueberschreitung sollten 16,5 Mark Strafe gezahlt werden. Nun ist aber für Deutschland im vorigen Jahre eine Sonderregelung getroffen worden, wonach die deutschen Konzerne für die Ueberschreitung ihrer Inlandsquote nur 4,2 Mark zu zahlen haben — den vierten Teil des früheren Betrags. Außerdem aber verweigern die deutschen Unternehmer, daß die

Stralgeber, die in die Basis des Internationalen Kartells fließen, von dieser nicht ablassen, sondern einem bestimmten Schicksal wieder unter den Mitgliedern des Kartells anzureichen werden. Auf diese Weise hat sich nun die wirtschaftliche Zentralisierung der deutschen Produktion durch das Internationale Kartell wie folgt entwickelt:

Jahr	Produktion	Wert
1927	1.000	2,82
1928	1.000	1,11
1929	1.000	0,94
1930	1.000	0,47

Die Belastung der deutschen Rohstoffproduktion durch die internationalen Kartelle hat sich um 2,35 Mark oder um 83 Prozent abgemindert. Aber die deutschen Unternehmer fordern dennoch eine Preiserhöhung um 2 bis 3 Mark.

Immerhin, auf eine bestimmte „Abwehrbelastung“ können sie sich nicht verlassen, immer noch beruhen — auf die Kapitalerhöhung der Reichsbank. Es ist bekannt, daß die Reichsbank für die Erhöhung der Reichsbank der Schwerindustrie nur für einen Austrag von 550.000

Marken Oberbaumaterial gegeben hat. Und nun hat das europäische Kartellmaterial vor einigen Tagen auf seiner Pariser Sitzung unter Teilnahme der Herren Poensgen vom Stahltrust und Klopbach von Krupp beschlossen, die Schienenpreise um 2,5 Mark pro Tonne zu erhöhen! Just in dem Augenblick, wo die Reichsbahn den Arbeiterkongressen einen Monatsaustrag verspricht! Der Beschluß des internationalen Schienenkartells wird für die Reichsbahn eine Abwehrbelastung und für Stahltrust und Krupp einen Mehrwert in Höhe von ungefähr 1.875.000 Mark bringen. Die Franzosen, Belgier und Engländer, die diesem Beschluß zustimmen, haben natürlich nichts dagegen, daß ihre deutschen Kollegen die deutschen Eisenbahnen ausplündern und heilen gerne mit.

Die deutschen Eisenindustriellen, die Hunderte von Millionen an Profiten schaffen und natürlich die Hauptkräfte für den Bau von Kanalarbeiten und für die imperialistische Ausrüstung sind, verweigern den Metallarbeitern die geforderte Lohnerhöhung und sperren Hunderttausende aus. Auf diese Provokation gilt es durch Einsetzung aller Mittel für den Sieg der Metallarbeiter zu antworten.

Der Schiedsspruch ist für verbindlich erklärt worden, und die reformistischen Gewerkschaftsführer haben ihn ohne ein Wort des Protestes hingenommen. Derselben Führer schwebt nach wie vor auf dem Schlichtungssystem und behauptet, dieses bringe den Arbeitern Vorteile. Der Verlauf der Lohnbewegung in der schließlichen und oberösterreichischen Landwirtschaft zu Beginn dieses Jahres zeigte mit aller Deutlichkeit, wie recht die Kommunisten und die Gewerkschaftsopposition haben, wenn sie die Arbeiter zum härtesten Kampf gegen das Schlichtungssystem auffordern und sagen, daß auskömmliche Löhne nicht mit Hilfe des Schlichtungswesens erreicht werden, sondern ausschließlich auf dem Wege des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes. Das galt im vergangenen Jahre, das gilt auch jetzt noch.

Nach einer Meldung des „Landboten“ vom 14. Oktober haben in der letzten Zeit viele Kreisversammlungen und Kreisparlamenten die Einleitung aufgefordert, den Lohnstreik zum 2. Januar zu kündigen. Über die Stimmung der Landarbeiter heißt es in diesem Bericht:

„Die Streiknahme der organisierten Landarbeiter zu dieser Kündigung hat dieses Mal eine ganz andere Ausprägung und ein ganz anderes Interesse erweckt als in den letzten Jahren. Die Ursache ist die gewonnene Erkenntnis, daß es mit den jetzt hochgehenden Löhnen nicht mehr gehen kann, und daß auch der schließliche Landarbeiter jetzt mit allem Nachdruck eine Verbesserung dieses unzulänglichen Lohnniveaus erstrebt.“

Auf der zweiten Seite derselben Nummer bringt der „Landbote“ eine Besprechung des Waldenburger Bergarbeiterstreiks und schließt ihn mit folgenden Worten: „Die Eulengebirgsarbeiter, die Waldenburger Bergknappen sollten leuchtende Beispiele für die heutigen sehr die glauben, den Landarbeitern noch mit einem hohen Pflanzlingslohn zu beschaffen.“

Man sieht, der „Landbote“ gebraucht sehr radikale Worte. Doch das kann man heute schon sagen, den Worten werden, genau wie zu Anfang des Jahres, keine Taten folgen. Es ist natürlich möglich, daß der Schlichter sich dieses Mal in „größtmöglicher“ Weise anstrengt, die Löhne nicht um einen halben Pfennig zu erhöhen, sondern um einen oder zwei ganze Pfennige. Doch damit ist den Landarbeitern nicht geholfen. Sie müssen eine weit größere Lohnerhöhung haben, um einigermaßen menschenwürdig leben zu können.

Gewiß durch die Erfahrungen der früheren Jahre dürfen die schließlichen und oberösterreichischen Landarbeiter keine falschen Hoffnungen auf den Schlichter setzen. Auch der neue sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiesel untercheidet sich in seinen Taten durch nichts von dem Zentrumsmann Brauns. Auch den radikalen Worten der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer dürfen die Landarbeiter nicht glauben. Nur wenn die Landarbeiter sich selbst regen, wird es eine annehmbare Lohnerhöhung geben. Die erste Forderung der Landarbeiter in Schloß und Oberösterreich muß sein: Organisiert in den Landarbeiterverband! Die Landarbeiter müssen überall eine umfangreiche Werksorganisation für den Verband organisieren. Wichtigste müssen sie in Mitgliederparlamenten nicht nur die Kündigung des Lohnniveaus zum 2. Januar verlangen, sondern auch ihre Forderungen formulieren und der Ausführung unweigerlich zustimmen, daß sie auf den aufgestellten Forderungen beharren werden und für sie auch in den offenen Kampf — trotz der ungünstigen Jahreszeit — zu gehen bereit sind.

# Die Landflaven regen sich

Vor einem Streik der schließlichen und oberösterreichischen Landarbeiter?

Es ist eine alte und allgemein bekannte Tatsache, daß die in der schließlichen und oberösterreichischen Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit wachsenden Hungerlöhnen entlohnt werden. Nach dem Tarifvertrag des Jahres 1928 erhalten die sogenannten Lohnarbeiter neben ihrem Lohn einen Stundenlohn von 11 Pf. Denjenigen Stundenlohn erhalten auch die verheirateten Ackerkultivator. Die verheirateten Arbeiter, d. h. Arbeiter, die kein Deputat beziehen, haben einen Stundenlohn von 17 Pf. Die genannten Löhne sind ein Pfennig höher. Ledige Arbeiter über 20 Jahren erhalten einen Stundenlohn von 11 Pf., die unter 20 Jahren einen solchen von 12 bis 20,5 Pf. Die Arbeiterinnen und die sonstigen zur Arbeit verpflichteten Ehefrauen der Landarbeiter haben einen Stundenlohn von nur 17 Pf., die Arbeiterinnen unter 19 Jahren einen solchen von 13 bis 16 Pf.

In den oben angeführten Zahlen braucht kein Kommentar gegeben werden. Der Hinweis auf das Deputat ist keine Entschuldigung für die niedrigen Löhne. Die Arbeiter erhalten ihn nicht. Bei den Deputatempfängern sind hauptsächlich die größeren Familien gemeint, von dem Lohn nicht nur Kleider, Waare und Schuhe, sondern auch Brot, Kartoffeln und andere Nahrungsmittel.

Der zum 2. Januar 1929 ablaufende Lohnvertrag war das Produkt der Anfang dieses Jahres stattgefundenen Verhandlungen. Noch im vergangenen Jahre gab es in der schließlichen und oberösterreichischen Landwirtschaft nur einen Tarif, der zugleich Mantel- und Lohnbestimmungen mitteilt. Bei den Verhandlungen Anfang dieses Jahres wurde der Manteltarif von dem Lohnvertrag getrennt. Der Manteltarif wurde auf zwei Jahre abgeschlossen und bleibt bis zum 2. Januar 1930 in Geltung — falls die Landarbeiter bis dahin ihn nicht hinweggesetzt haben werden. (Den unwürdigen Bestimmungen dieses Tarifs werden wir in den nächsten Tagen einen besonderen Artikel widmen.)

Der Tarif ist durch einen verbindlichen Schiedsspruch

zustande gekommen. Nach ergebnislosen Verhandlungen mit den Unternehmern, die, wie immer, freiwillig keinen Pfennig geben wollten, fällt der Schlichter Dr. Brahn einen Spruch, der die Löhne des Jahres 1927 um 1/2 Pf. und schreibt einen halben Pfennig weniger fest. Eine Konferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes, die am 22. Januar im Breslauer Gewerkschaftshaus getagt hatte, lehnte den Spruch einstimmig ab. Die sozialdemokratische Presse warbete sich sehr radikal und drohte sogar mit dem Streik. Doch es war eine leere Geste der reformistischen Landarbeiterführer, der keine Tat folgte. Nach vielen radikalen Worten schrieb seinem Rat die oberösterreichische „Volksstimme“: „Es ist Aufgabe des Reichsarbeitsministers, sich unverzüglich des Lohnniveaus in der schließlichen Landwirtschaft anzunehmen.“ „Vorsicht der „Vorwärts“: „Seien Sie deshalb gewarnt, Herr Reichsarbeitsminister, gehen Sie in der Frage des Lohnstreiks in der schließlichen Landwirtschaft nicht den Weg, den Ihnen die landwirtschaftlichen Unternehmer vorschlagen.“ So schloß der „Vorwärts“ einen Artikel, in welchem er zu dem Schiedsspruch selbst sagte:

„Der umstrittene Schiedsspruch bringt, wie gesagt, eine „Lohnerhöhung“ von einem halben Pfennig pro Stunde. Die sonderbare Lohnhöhe soll für die Ackerkultivator und Lohnarbeiter in Frage kommen und ab 1. Juni 1929 gelten. Auf den zehnständigen Arbeitstag umgerechnet, ergibt das eine „Lohnerhöhung“ von 5 Pf. pro Tag und auf die 50-stündige Arbeitswoche eine solche von ganzen 30 Pf. Wie soll man diesen Schiedsspruch anders nennen, als eine kalte Verhöhnung der Landarbeiter. Der Schiedsspruch ist das Ungehörigste und Lächerlichste, was das Schlichtungsverfahren jemals hervorgebracht hat. Den Schiedsspruch zu einer bindenden Regelung zu machen, würde bedeuten, das Ansehen des Schlichtungswesens auf Spiel zu setzen. Jeder Landarbeiter müßte fortan der Meinung sein, daß diese Einrichtung kein ausgleichendes Faktor, sondern lediglich ein Mittel ist, mit dem die reaktionäre Lohnpolitik der landwirtschaftlichen Unternehmer wirksam unterdrückt werden soll.“

# Der werktätige Frau

## Um die Frauenarbeit

Wir finden heute Frauen und Mädchen als billige Arbeitskräfte in fast allen Industrien. 12,5 Millionen erwerbstätiger Frauen gibt es nach der amtlichen Berufszählung 1925 in Deutschland, das ist ein Drittel sämtlicher erwerbstätiger Arbeitskräfte. Ein ungeheures Heer von Frauen, die in Betrieben, auf den Büros und in Warenhäusern beschäftigt werden.

Der einem halben Jahrhundert, ja noch vor zwei Jahrzehnten, kann man eine Frauennarbeit in diesem Ausmaß nicht. Sie entwickelte sich und wuchs mit der Entwicklung des Kapitalismus. Der Unternehmer gibt seinen männlichen Lohnslaven so wenig Lohn, daß sie eine größere Familie davon zu unterhalten nicht imstande sind. Dazu sind die Söhne und Töchter aus der Schule entlassen, müssen sie mitverdienen, ganz gleich, ob die Arbeit ihrer Körperkräfte angemessen ist, ob sie ihnen zulagt oder nicht. Auch die Arbeiterinnen müssen werden gezwungen, jede Verdienstmöglichkeit anzunehmen, die sich ihnen bietet. Sie müssen ihre Arbeitskraft demjenigen Unternehmer verkaufen, der sie gebrauchen kann, einzeln oder die Ausbeutung in der Fabrik, der Werkstätte, einem Warenhaus oder auf dem Büro vor sich geht.

Eine gewaltige Steigerung der Zahl der erwerbstätigen Frauen ist in der Nachkriegszeit, besonders seit der Rationalisierungsperiode, zu bemerken. Einmal zwingt die verschlechterte Lebenslage immer mehr Frauen zur Erwerbstätigkeit, zum anderen gibt es besondere „Frauen“-Löhne, die ein bis zwei Drittel unter den Männerlöhnen liegen und den Kapitalisten hohe Sonderprofite einbringen. Für manche Arbeiten ist aber auch durch den vereinfachten Produktionsgang die Frau als geschicktere Arbeitskraft mehr geschätzt als früher. In vielen Fällen wurden deshalb männliche Arbeiter entlassen und der Betrieb mit billigeren Frauenkräften anzureichern. Die bis dahin beschäftigten männlichen Arbeiter und Angestellten haben zum Teil, besonders nach Beendigung einer gewissen Altersperiode, überhaupt keine Beschäftigung mehr. Sie reihen sich ein in das Heer der handlungslosen Erwerbslosen.

Es ist ganz klar, daß bei diesen Klassenverhältnissen sowie bei jenen

nach im Betrieb stehenden, deren Lohn durch die Konkurrenz der Frauen gedrückt wird, sehr leicht ein Groll gegen die arbeitenden Frauen entstehen kann. Sind die Arbeiter nicht marxistisch geschult, bauen sie sich hieraus eine Theorie, deren Uebergebinde lautet: „An allem ist die Frauenarbeit schuld. Daraus mit den Frauen aus den Betrieben.“

Ein Leser hat uns einen Artikel mit dieser Tendenz angeliefert mit dem Ersuchen, ihn zu veröffentlichen.

Wir ergreifen die Gelegenheit, die Frage der Frauenarbeit zur Diskussion zu stellen. Wir glauben, daß durch eine solche öffentliche Debatte in der „Arbeiter-Zeitung“ diese für den proletarischen Klassenkampf wichtige Frage in den breitesten Arbeiterkreisen geklärt werden kann, zum Nutzen der revolutionären Bewegung.

Wir fordern alle männlichen und vor allem die weiblichen Klassenangehörigen auf, ihre Meinung zu nachfolgendem Artikel niederzuschreiben und möglichst bis Mittwoch, den 21. Oktober, an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ einzusenden.

Der Verfasser schreibt: „Die Erwerbslage des Mannes ist heute sehr ungünstig. Das liegt daran, daß Mädchen und Frauen in allen erwerbsfähigen Erwerbszweigen, in Büro, Fabrik, Lager usw. beschäftigt sind. Es ist immer noch eine weitere Einstellung von Mädchen zum Schaden der Männer zu beobachten. Nicht nur in allen Privatunternehmen sind Frauen anzutreffen, sondern auch bei staatlichen und öffentlichen Behörden, wahrscheinlich deshalb, weil die Frauen wesentlich billigeren Arbeitskräfte sind als die Männer. Wenn dies auch nicht wäre, müßte ich doch das Einbringen der Frauen in Männerberufe beurteilen. Angest die Mädchen wirkliche Frauenberufe erlernen zu lassen, wie Köchin, Näherin, Wuhwäscherin, Verkäuferin, Hausangestellte, Dienstmagd usw., werden sie in alle erdenklichen Berufe gegeben, die für den Mann bestimmt sind. Es gibt Eheleute, bei denen der Mann und neubekehrter auch noch die Frau einen Männerberuf ausüben.“

Die eine oder die andere Frau wird fragen: „Von was sollen sich die weiblichen Personen ernähren? Die Antwort hierauf kann

nur sein: Sie sollen die zahlreicheren und sich wirtschaftlich lebenden Frauenberufe ergreifen, für die sie auch da sind, damit sie sich sowohl im Alter als auch in der Jugend ernähren können, auch dann, wenn sie nicht geformt sind, eine Ehe einzugehen. Das Einkommen der Familienmitglieder würde besser gestellt sein, wenn sich nicht die Frauen in deren Berufe einbringen.“

Heute ist es schon so, daß besonders die Erben von Olleren, ererbten Familienvätern und Heiligen untergeben sind dadurch, daß sie wegen der überhandnehmenden Frauenarbeit in keine Fabrik, in keinen kaufmännischen Betrieb mehr hineinkommen. Es gibt sogar schon Frauen und Mädchen, die die großen und größten Männerberufe erlernen wie Schlosser, Dreher, Schleifer, Schmiedehandwerk, Schneider, Schuster, Bergarbeiter, Fuhrleute, Arbeit im Maschinenbau usw. In Zukunft soll wohl der Mann an Stelle der Frau die Hauswirtschaft und die Kinder versorgen müssen und Frau und Töchter die Geschäfte des Mannes vertreten? Für den Mann bleibt in der Zukunft nur noch die körperlich und geistig sehr schwere Arbeit, die die Frau nicht verrichten kann.

Man muß auch bedenken, daß die Folgen solcher Zustände nicht ausbleiben. Man betrachte einmal die heutigen Verhältnisse im Familien- und Eheleben. Wie viele eheleichen Streitigkeiten und Zerwürfnisse gibt es nur deshalb, weil so manche Frau im Haushalt nichts gelernt hat, denn sie hat von Jugend an nur immer in Betrieben gearbeitet. Das Einzige, was sie lang und lang in Folge der Haushaltsunterbrechung der Frau trotz guten Verdienstes des Mannes nicht. Es gibt sogar Frauen und Mädchen, die nach langjähriger Tätigkeit im Beruf keine andere Unterfertigung zu Hause zeigen.

Man muß ferner bedenken, daß die Frauen sich durch Ausübung von Männerberufen körperlich ruinieren. Ein Beispiel hierfür ist die Ausartung der Krankefrauen über die erschreckend großen Krankheitsziffern der erwerbstätigen Frauen und Mädchen.

Auch auf das Familienleben der Frau wirkt die Männerarbeit ein. Von echten Frauentugenden wird man wohl später nicht mehr reden können, eher von einer Verwilderung der Frau. Ich werde ganz bestimmt für die Gleichberechtigung der Frauen eintreten, aber nicht, wenn sie aussieht, wie vorstehend geschildert.

Die Frau ist für die Ergriffung des Männerberufes nicht geschaffen, sowohl in körperlicher als in geistiger Hinsicht, sondern nur für die wirklich echten Frauenberufe, für die sie auch bestimmt ist.“

Die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ ist überzeugt, daß die obigen Ausführungen zu einer hoffentlich regen Diskussion Anlaß geben werden.

# Hausfrauen und Mütter!

Auf Euch lastete die ganze Not des Weltkrieges. Eure Männer, Söhne und Brüder wurden auf den Schlachtfeldern nutzlos vom Kapitalismus gemordet!

# Ihr Frauen müßt im Kampf gegen den neuen Krieg in der ersten Reihe marschieren!

Frauen und Mütter! Ihr seid alle gegen den Krieg, darum

# zeichnet Euch heute ein!



# Waldenburger Bergland

## Sozialdemokraten und Bürgerliche gegen Hilfe für Streifende

Über die Sitzung des Waldenburger Stadtparlaments, in der die Einheitsfront der Bürgerlichen und Sozialdemokraten die von den Kommunisten beantragte Hilfe für die streikenden Bergarbeiter ablehnte und die sozialdemokratischen Redner die Streikenden noch verhöhnten, geht uns folgender Bericht zu:

Von Rot und Glend der Waldenburger Bevölkerung wird gewiß sehr viel gesprochen und geschrieben, aber wenn es gilt, in der allergrößten Not zu helfen, da fehlen wie immer die Mittel, und die Einheitsfront von Bürgerlichen mit Zentrum bis Sozialdemokraten lehnt jede Hilfe für die kämpfenden Bergarbeiter ab. Wenn aber beim Hotelbau eine halbe Million mehr als veranschlagt war, verbraucht wurde, wenn aber für die oberen Magistratsbeamten Gehaltssteigerungen von 30 Prozent gezahlt werden, oder ein Studiendirektor mit 7-800 Mark Gehalt monatlich „Rot“ leidet, da sind Mittel vorhanden, und wenn gleich die Kanalgebühr von den Mietern unberechtigt erhoben werden muß. Die anwesenden Zuhörer werden die Forderungen der Kommunisten anders bewertet haben als der Herr Dierig von der SPD, das bewiesen die Psi-Kräfte, als die Anträge der kommunistischen Fraktion auch von der sozialdemokratischen Fraktion niedergestimmt wurden, die sie selbst in Rieder-Hermstorf gestellt hatten, und wo sie auch angenommen wurden.

Die Sitzung selbst hatte folgenden Verlauf: Vorkseher Gappc ersplichlet Frau Rudolph, die an Stelle der ausgeschiedenen Frau Brand tritt. Der Magistrat hatte noch schnell vor Beratung der kommunistischen Anträge einen Dringlichkeitsantrag eingereicht, in dem 25 000 Mark für Winterbeihilfen an alle Unterstützungsempfänger bewilligt werden sollten, die wie folgt Verwendung finden: An sämtliche Sozial- und Kleinenner sowie Fürsorgeunterstützungsempfänger und Erwerbslose der unteren Lohnklassen sollen einmal im November Kartoffelgutscheine im Werte von 4 Mark für jede erwachsene Person und 2 Mark für jedes unversorgte Kind und für Kinderbewilligte (Personen mit geringen Einkommen bis 100 Mark monatlich, einschließlich 20 Mark Frauengeld und 10 Mark für jedes Kind) Kartoffelgutscheine im Werte von 2 Mark für jede erwachsene Person und 1 Mark für jedes Kind. Vollbedürftige erhalten Holz- und Kohlengutscheine für die Wintermonate November bis März im Werte von 1,50 Mark für den Kohlengutschein und 50 Pfg. für einen Kub Holz aus der städtischen Holzpalleanstalt. Der Antrag der kommunistischen Fraktion, die Kohle und das Holz unentgeltlich abzugeben, wurde von den bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten abgelehnt. Der Antrag des Magistrats wird dann einstimmig angenommen. Zur Bekämpfung der Winterglatte wird die Anschaffung der Streulandmaschinen als notwendig befunden und dafür die Mittel von 1650 Mark bewilligt. Durch die Unterhaltungen beim Kreiswohlfahrtsamt (Sache Ringott) ist ein Gesamtschaden von 8790 Mark entstanden; der Anteil der Stadt beträgt 30 Prozent oder 2637 Mark, so daß auch dieser Betrag bezahlt werden mußte. Der Antrag des Magistrats, die Stadthallenbauarbeiten nicht aus-

geführt werden kann und Minister Severing erst das Geld für die Bergarbeiterbeihilfe schicken muß, damit erst unsere Wohnungsuchenden menschenwürdige Stuben mit ertäglichen Mieten erhalten können. Der Antrag der kommunistischen Fraktion auf Amtsenthebung des Bürgermeisters Behrens und Entschädigung des durch das ungerechtfertigte Versammlungsverbot der kommunistischen Partei am 18. September entstandenen Schadens, sowie der Antrag betreffs Unterstützung der durch den Bergarbeiterstreik in besondere Not geratenen Bergarbeiterfamilien wird von der Einheitsfront der Bürgerlichen, Zentrum und sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt. Genosse Reichel erklärt, daß die für die Begründung vorgesehener Referenten Malzer wegen Erkrankung und Zahn wegen Verhinderung nicht erscheinen können. Das durch die Polizeiverwaltung ausgesprochene Verbot der öffentlichen Volksversammlung am 18. September war deshalb gesetzwidrig, weil es dem klaren Wortlaut der Reichsverfassung nach Artikel 123 widerspricht; nach diesem haben alle Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis zu versammeln. Versammlungen unter freiem Himmel können nur durch Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. Ein solches Gesetz besteht bisher nicht, deshalb ist die polizeiliche Maßnahme ein Akt der Willkür unter Bruch der gesetzlichen Bestimmungen.

Bürgermeister Behrens lehnt es ab, zur Begründung des Verbots Ausführungen zu machen, weil er für seine Maßnahmen dem Regierungspräsidenten und dem Minister des Innern verantwortlich sei. Für die in besondere Not geratenen Familien verlangt Genosse Reichel Unterstützungen in Form von Lebensmittelkarten und Mietbeihilfen. Der Streik geht unverändert weiter. Damit aber Frauen und Kinder nicht Hunger leiden müssen, und damit die Hausbesitzer nicht etwa mit Kündigung drohen können, muß den Bergarbeitern unbedingt geholfen werden. Dierig (SPD) sagt: „Die SPD ist nicht berechtigt, derartige Anträge zu stellen, weil sie den Steuerbedarf ablehnt, die organisierten Bergarbeiter erhalten Unterstützung und die übrigen sollen vom „eriparten“ Gelde während der Kampfzeit leben. Wenn was gegeben wird, dann sollen die Kinder bei der Schulspeisung ein Brötchen mehr erhalten.“ (Gelächter und Zurufe im Zuhörerraum.) Die Kommunisten werden so lange den Etat ablehnen, solange die Steuern nur von den Arbeitern erhoben und die Befehden geschont werden, und die Steuermittel nicht für Panzerkreuzer, Reichswehr, Justiz und Polizei verwendet werden, sondern im Interesse der werktätigen Bevölkerung.

### Hilfe für die Streifenden

Von der Streikleitung Altmasser wird uns geschrieben: Indem schon in den vorhergehenden Tagen eine Anzahl von Geschäftsleuten durch Ueberreichung von Geld und Lebensmitteln ihre Sympathien für die im Lohnkampf stehenden Bergarbeiter betundet hatten, folgten

blefen am heutigen Tage eine nennenswerte Anzahl von anderen Geschäftsleuten. So spendeten die Fleischermeister Wisch, Anders, Gerstenberg je 20 Mark für je 1 Mark, außerdem die drei Kindern Mittagessen, Bäckermeister Niedermann 30 Brote, außerdem die Bäckerinnung insgesamt 107 Brote und 5 Reichsmark in bar, Kaufmann Brauner zwei Zentner Kartoffeln, Kaufmann Stein fünf Zentner Kartoffeln, Kaufmann Siehe 10 Brote, 10 Paar Holz- und 5 Paar Holzspantoffeln, Holzgeschäft Walter 20 Brote, Gastwirt Gräger 50 Mark in bar, Milchgeschäft Melzer 10 Liter Milch, Milchverforgung Groß-Waldenburg 20 Liter Milch. Durch die internationale Arbeiter-Hilfe wurden überliefert 34 Brote, 43 halbe Pfunde Margarine, 56 1/2 Pfund Speck, 60 Pfund Hülsenfrüchte, 31 Pfund Zucker, 18 Pfund Malzkeise, 135 Pfund Mehl, 2 Pakete Nudeln, 4 Pakete Tabak, 1 Paket Kakao, 1 Paket Reis. Allen Spendern auf diesem Wege herzlichen Dank!

Folgende Lebensmittel wurden ebenfalls gespendet: Bäckerei Dreyer: Bäckerei Dreyer, Neu-Salzbrenn, 25 Brote, Emma Lindner, Blumenhandlung, 10 Pfund Weizenmehl, zwei Brote, Ungenannt ein Zentner Kartoffeln, Kaufmann Jakobsohn, Waldenburg, ein Zentner Mehl, Bäckerei Latused 20 Brote, Uhrmacher Karl Wichert 15 Brote, Möbel- und Bekleidungshaus Ernst Girsh 20 Brote, Vorkosthändler Günther drei Zentner Kartoffeln, Kaufmann Gustav Mitsche ein Zentner Mehl, Kaufmann Robert Ludwig, Inhaber G. Grabel, 30 Pfund Mehl, Kaufmann Laute 50 Brote, Kaufmann Friese 1 Beutel Reis, 1 Pack Kakao, Kaufmann Schubert 20 Pfund Reis, 20 Pfund Linsen, Ungenannt Lebensmittel im Werte von 30 Mark, Friseur Fellenberg 12 Brote, Uhrmacher Holzappel 10 Pfund Mehl, 10 Pfund Zucker, Herr Schlieben gewährt zwei Kindern Kost, Herr Robert Berger 5 Brote, Gastwirt Engler 30 Paar Holzspantoffeln für Kinder von sieben bis zwölf Jahren und für zwei Kinder Essen. Zur Kinderbeihilfe haben sich folgende Fleischermeister zur Lieferung von je 15 Pfund Rindfleisch, 3 Pfund Speck oder Fett und 2 Pfund Tafel bereit erklärt: Bernh. Seidel, Konrad Ludwig, Bruno Gärtner, Oswald Hise, Karl Stein, Hermann Kaupach, Heinrich Peuser, Friedrich Wischhof, Paul Berger. Der Gastwirt Kurt Wunder gewährt sechs Kindern Mittag-, Vesper- und Abendbrot. Allen Spendern wird auf diesem Wege der beste Dank ausgesprochen.

### Sriegau

Tödtlich verunglückte in einem hiesigen Granitbruch der 25 Jahre alte Steinarbeiter Seeliger aus Gräben. Ein mächtiger Stein fiel dem bedauernswerten Arbeiter aus den Rücken und schlug ihn nieder. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe ist Seeliger bald nach der Einlieferung im Krankenhaus gestorben. Zwei Kinder stehen mit der jungen Witwe an der Bahre ihres Ernährers.

Ins Getriebe geraten. In Dähdorf geriet der zwölfjährige Sohn des Stellenbesizers Hainke beim Spielen an dem Gabel der Dreschmaschine mit Taumen und Zeigefinger ins Getriebe; es wurden ihm die ersten Glieder abgequetscht.

### Jauer

Teure Bratheringe. Bei einem Einbruch in Hennemersdorf wurden Fahrradventiln und vier Büchsen Bratheringe, Marke Leuchtturm, gestohlen. Die Bratheringe wurde bei einer Frau Jenke in Bellwihof, Kreis Liegnitz, gefunden und hatte so die Diebe und Helfer ermitteln helfen. Vom Liegnitzer Schöffengericht erhielt Richard aus Bellwihof einetnhalb Jahre Gefängnis, Klose aus Bellwihof sechs Monate Gefängnis und die Braut des Richard, Frau Jenke, wegen Hehlerei einen Monat Gefängnis.

## Serschlesien

### Guben

#### Hindenburg im Stadtparlament

Die am Freitag tagende Stadtverordnetenversammlung befaßte sich mit wenigen Ausnahmen nur mit kleineren Vorlagen. Die Entscheidung von drei neuen Kriminalassistenten-Stellen sowie die Einrichtung einer Stadtbücherei lehnten unsere Genossen ab, desgleichen die Ertragung der Beiträge für die Handwerkskammer. Da es sich hier um eine reine Interessensvertretung der Handwerker handelt, könne die Allgemeinheit der Steuerzahler hierfür nicht in Anspruch genommen werden. Für sofort vorzunehmende Vorarbeiten für eine einwandfreie Trinkwasserbeschaffung des Kindererholungsheimes Daubitz wurde ein Betrag von 750 Mark bewilligt. Für die Kanalisierung des neuen Ortsteils Görlitz-West wurde die Summe von 100 000 Mark bewilligt. Erst bei der Besprechung der Interpellation der Rechte über die Vorgänge anlässlich der Platzverteilung der Spalierbildung beim Hindenburg-Empfang wurde es lebhafter. Der Begründer der Interpellation, der Deutschnationale Schmidt, belederte sich wieder mal mit ungewolltem Ruhm, indem er ausführte, der Stahlhelm fühle sich bei der Platzverteilung zurückgesetzt, weil ihm anstatt der ganzen Weberstraße nur ein Drittel derselben angewiesen wurde. Um diese „unliebhamen Differenzen“ beim Empfang des kaiserlichen Generalfeldmarschalls zu beheben, begab sich Herr Stadtrat Diebег mit seinem treuen Adjutanten Witzel in das Stahlhelmbüro. Die demokratischen und die Stahlhelm-„Republikaner“ gerieten sich in der Hitze des Gefechts arg in die Haare. Bei dem Republikaner Diebег ging das sogar soweit, daß er sagte: „Es ist mir schiefegal, wo das Reichsbanner antritt!“ Dieser Ausbruch wurde vom Stahlhelm als „Beleidigung empfunden“, und damit war die Interpellation eingeleitet. Es ergab sich bei der weiteren Diskussion das lächerliche Bild, daß unsere braven Republikaner diesen Ausbruch als „früher in der Armee allgemein üblich verteidigten“. Genosse Ulrich kennzeichnete in seinen Ausführungen sehr treffend die Lächerlichkeit, die sich die Stadtverordnetenversammlung zugelegt habe. Ein einziger Schlußbild sei, wie ausdrücklich von ihm festgestellt wurde, und wie auch der Reichsbannerhauptling Rehlis mit tränenden Augen zugeben mußte, daß die freigewerkschaftlichen organisierten Arbeiter der Aufforderung zur Spalierbildung beim Hindenburg-Empfang über das Erscheinen des „unverwundlichen“ kaiserlichen Feldmarschalls? Man hat ja, wie Herr Rehlis bekannte, auf der Kaiserstraße vorher Bescheid gemacht... und ließ trotzdem die Reichsbannerklameten im Kallaten, um die Spalierbildung zu ermöglichen.

Die fast zweistündige Diskussion über diesen Fall wurde recht lebhaft, zumal unsere Genossen einige äußerst treffende Zwischenrufe machten. Diese reaktionäre Gesellschaft, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, freitet sich wie die Kampfhyäne um den Hals des von Weidhellenen, sie bieten sich sogar gegenseitig Pfund an (Kammern und Feigen) und sind sich doch immer

einig, wenn es gilt, das betrogene Volk weiter zu betrügen (Herr Sommer einschüpfte das Bekenntnis einer schönen Seele: „Seien wir doch wenigstens einmal ehrlich...“). Wenn es gilt, Hunderte von Millionen Mark für die Kriegsrüstungen dieser Republik zu bewilligen, dann stehen sie alle, Stahlhelm und Reichsbanner, fest und treu zusammen! Zum Abschluß der Tagesordnung machte Genosse Ulrich den Vorschlag, das Protokoll dieser „denkwürdigen“ Sitzung Herrn Hindenburg als Angebinde zu übermitteln. Der Stadtverordnetenvorsteher Roth wandte sich bei diesem Vorschlag mit Grausen um, man sah deutlich die Gänsehaut über den Bundel laufen. Wir können das verstehen... die Blamage ist auch schon so groß genug, wie selbst der „Neue Görlitzer Anzeiger“ treffend schreibt.

### Sarrasani in Görlitz

Jirkus Sarrasani ist auf seiner Gastspielreise durch Schlesien in Görlitz eingetroffen und hat seine Zeltstadt auf dem Friedrichsplatz errichtet. Ist schon allein die Organisation, die in diesem Zirkusunternehmen steckt, bewundernswert, so erst recht die Leistungen der Künstler, die das Beste vom Besten leisten. Es ist fast unmöglich, auf die Darbietungen einzeln einzugehen. Eine Leistung sucht die andere zu überbieten. Hervorzuheben sind die wunderbaren Dressuren von Pferden, Kamelen, Eseln. Auch die Leistungen der Seelöwen und Tiger waren Glanznummern. Stauenswertes vollbringen die Japaner und die Turner in den Lüften. Das Programm, das volle vier Stunden dauert, läßt jeden Besucher auf seine Rechnung kommen. Es sollte ein jeder, der es möglich machen kann, diese moderne Zirkusschau besuchen. Es ist aber vielleicht auch an dieser Stelle angebracht, anzufügen, ob denen, die stundenlang vor dem Zirkus stehen, um nur einen Blick in dieses bunte Treiben zu werfen, nicht doch eine verbilligte Vorstellung geboten werden könnte.

### Selbstmord auf den Schienen

Der Arbeiter Willy Klein ließ sich vom Zuge 611 auf der Strecke Görlitz-Jittau in selbstmörderischer Absicht überfahren. Der Kopf wurde ihm vollständig vom Rumpfe getrennt.

In Tode gefahren. Der ledige Rangierer Gerhard Krause aus Heidersdorf geriet beim Zusammenstoß von Fahrzeugen einer Rangiergruppe auf Bahnhof Schlauroth zwischen die Puffer, so daß ihm die Brust und der Kopf eingedrückt und er auf der Stelle getötet wurde.

### Sagan

#### „Revolution in der Volkspolizei“

Unter diesem Titel berichteten wir seinerzeit über die in der Volkspolizei herrschenden Mißstände. Raunmehr gehen diese einer Klärung entgegen. Die Direktion hat bei der Auseinandersetzung auf dem Gericht den kürzeren gezogen. Der Arbeiter Meier, der den Direktor wegen ungerechtfertigter Entlassung beim Arbeitsgericht verklagte, erhielt von diesem Recht. Der Direktor mußte 450 Mark Schadenersatz zahlen. Ungemein wichtig war die Verhandlung, in der der Direktor angestrichelt bemüht war, sein Renommee als „Herr und Gebieter“ zu wahren. Aber es half ihm nichts. Die in der Volkspolizei beschäftigten Kollegen können an diesem Falle lernen, daß man auch mit geradem Rücken an dem Herrn Direktor vorbeigehen

kann. Auch in der Klagefahle mit dem Betriebsrat verlor der Direktor mißamt seinen HD-Gehaltshelfern das Spiel. Das Arbeitsgericht löste den Rest des Betriebsrates auf, und es müssen nunmehr Rewahlen erfolgen. Diese finden Ende Oktober statt. Ob diese Aufgabe auf den Werkmeister Feuerstein eine schädliche Wirkung haben wird, ist noch nicht vorauszuweisen, hoffen es aber nicht, da der gutgenährte Herr sowieso schon genug konfus Zeug redet. Wir wollen dabei nochmals die Arbeiter des Betriebes erinnern, daß sie die richtigen Leute wählen. Nicht auf's Maul sehen, sondern auf die Hände. Deshalb müssen die Kumpels ihre Stimme der freigewerkschaftlichen Liste Fechner, Scholz und Warjinski geben. Jede Stimme, die den Firchen zufällt, stärkt den Unternehmer.

### Löwenberg

In der Kurve bei Langwasser stieß ein Mietzauto aus Lauban gegen einen Baum. Der Fahrgast, Geschäftsführender Pöhlner aus München, wurde aus dem Wagen geschleudert und war sofort tot.

Traurige Heimfahrt. Der Wirtschaftsbefizler Knoßpe aus Wenig-Radwitz lehrte im Rutschwagen mit seiner Ehefrau von einer Hochzeitsfeier heim. Plötzlich scheute das eingesparrte junge Pferd, ging durch und warf den Wagen an der Ecke Kaiser-Friedrich-Straße um. Die Insassen erlitten Lebensgefährliche Verletzungen.

### Grünberg

#### Eine Arbeitslosenparodie

Am Sonnabendmorgen gab der erwerbslose Buchhalter Johannes Lehmann von hier plötzlich zwei Revolvergeschosse auf seine Ehefrau ab. Sie brach mit schweren Kopfverletzungen blutüberströmt zusammen. Lehmann hat sich sofort durch einen Schuß in die Schläfengegend getötet. Der Unglückliche hinterläßt zwei Kinder im Alter von 4 und 6 Jahren und hat bereits vor etwa sechs Jahren verheiratet, seine Familie durch Gas zu vergiften. Da die Großmutter der Kinder zurzeit zwecks Bornaahme einer Augenoperation in Breslau weilt, nahmen sich hilfsbereite Nachbarn der armen Würmer an.

### Liegnitz

Ein furchtbares Los. Ein erschütterndes Bild menschlichen Elends entrollte eine Verhandlung vor dem Amtsgericht gegen die Prostituierte Emma Rietschel. Von Stufe zu Stufe sank die heute 45jährige Frau. Sie ist 34 mal wegen Unzucht, Diebstahl, Bettelns usw. vorbestraft. In einer Julinacht dieses Jahres wurde sie sogar die Ursache des Todes eines 49jährigen Mannes. Eine wegen ihr entstandene Eijerfuchtszene auf dem finsternen Liegnitzer Kohlmarkt endete mit einer Messerfederei, der der Schlosser Artur Fiedler zum Opfer fiel. Heute stand sie vor dem Amtsgericht wegen Landstreichens und Obdachlosigkeit. Das Urteil lautete auf 6 Wochen Gefängnis und anschließende Ueberweisung in das Arbeitshaus!

### Aus dem Riesengebirge

Tödtlicher Unfall auf „Bergfreiheit“. Auf der Bergfreiheitgrube in Schmieberg wurde der Bergbauer Hermann Puschnann aus Schreibendorf infolge des vorzeitigen Zieherlassens des Förderkorbes eingeklemmt und schwer verletzt, so daß er bald darauf starb. Bei der Talbahn wurden an Stelle der Rollenmacher Hilgell als Stromabnehmer bei den Rotarwagen eingeführt.